



ARBEITSBERICHT.

4 Jahre Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

INHALTSVERZEICHNIS

01	Kinder und Familie	03
02	Schule und Bildung	06
03	Kultur, Wissenschaft und Weiterbildung	12
04	Finanzen	18
05	Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung	19
06	Energie und Klima	21
07	Verkehr und Mobilität	27
08	Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	31
09	Arbeit, Gesundheit und Soziales	34
10	Innere Sicherheit	38
11	Justiz	45
12	Flüchtlinge und Integration	47
13	Heimat, Kommunales und Bau	50
14	Europa und Internationales	56
15	Sport und Ehrenamt	59
16	Medien	61
17	Corona Pandemie	63

01 KINDER UND FAMILIE

Familien in Nordrhein-Westfalen zu stärken, zählt zu den wichtigsten Zielen der Landesregierung. Ein wesentlicher Baustein der Familienpolitik sind der Ausbau und die Verbesserung von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung. Mit einer großen Reform des Kinderbildungsgesetzes hat die Landesregierung zum Kindergartenjahr 2020/2021 Sicherheit für Familien ebenso wie für Träger

und Kommunen geschaffen. Die Qualität der Betreuung wird verbessert. Jeder benötigte Kita-Platz wird bewilligt und gefördert. Durch ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr werden Familien zudem dauerhaft entlastet. Die Bewährungsprobe durch die Corona-Pandemie zeigt, dass das System jetzt zukunftsfest und krisensicher ist.

Eine Rekordsumme: Fast 4,3 Milliarden Euro fließen in frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung hat für die Landesregierung oberste Priorität. Deshalb hat sie den jährlichen Etat für frühkindliche Bildung und Betreuung gegenüber 2016 um gut 1,7 Milliarden Euro auf annähernd 4,3 Milliarden Euro aufgestockt: Ein Plus von rund 67 Prozent.

Ausgaben für frühkindliche Bildung (in Mio. EUR)



Gewinnung von Fachkräften für die Kindertagesbetreuung

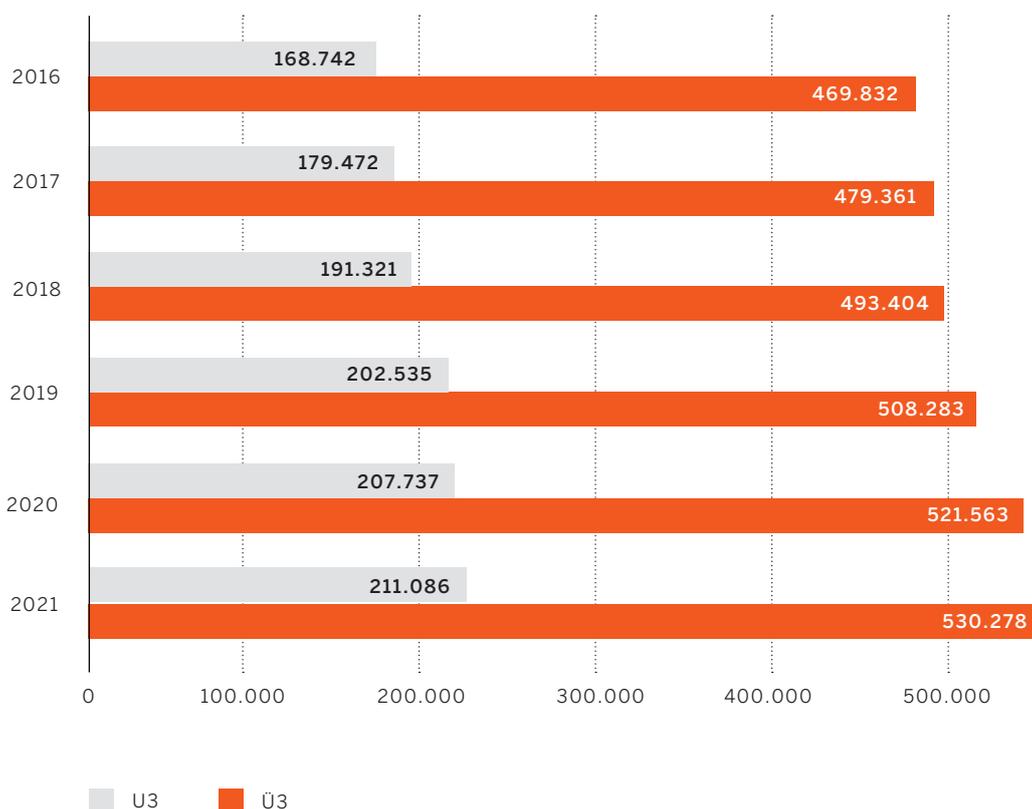
Ausbau und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung sind nur erfolgreich, wenn es genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt. Daher legt die Landesregierung einen **Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, den Erzieherberuf noch attraktiver zu machen und mehr Menschen für ihn zu gewinnen**. So wurde die Zahl der Studienplätze für die Ausbildung von Lehrkräften für Sozialpädagogik verdreifacht. Zudem wird die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern durch die im letzten Jahr in Kraft getretene Reform

des Kinderbildungsgesetzes finanziell gefördert. Darüber hinaus erhalten Menschen, die im Rahmen des Kita-Helfer-Programms die Kindertagesbetreuung als neues Arbeitsfeld für sich entdeckt haben, **Angebote zu verschiedenen Weiterqualifizierungen**: der praxisintegrierten Ausbildung/Umschulung zur Erzieherin/zum Erzieher, der Qualifizierung zur Kinderpflegerin/zum Kinderpfleger in praxisintegrierter Form oder eine Qualifizierung zur Assistenzkraft im nichtpädagogischen Bereich.

82.500 neue Plätze für eine bessere Kindertagesbetreuung

Vier Jahre nach Regierungsübernahme kann eine positive Zwischenbilanz gezogen werden. Die Zahl der U3-Betreuungsplätze wurde um **über 31.500 gesteigert**, die der **Ü3-Plätze** sogar um fast **51.000**. Somit wurden innerhalb kurzer Zeit über **82.500 neue Kitaplätze** geschaffen.

Kinderbetreuungsplätze



Kinderschutz

Die unfassbaren Vorfälle sexualisierter Gewalt in Staufen, Lügde, Bergisch Gladbach und Münster, aber auch andere Fälle von Gewalt gegen Kinder, haben gezeigt, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Form der Gewalt noch deutlich verbessert werden muss. Wichtig ist es dafür, dass sich staatliche und nicht-staatliche Akteure aus allen für den Kinderschutz bedeutsamen Bereichen – der Justiz, der Polizei, dem Gesundheitswesen, aus der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule – einbringen und ihre Maßnahmen ineinandergreifen.

Dazu hat das Land in einem ersten Schritt ein **Handlungs- und Maßnahmenkonzept** mit 59 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern erarbeitet, in dem die Eingriffs- und Unterstützungsmöglichkeiten der verschiedenen Zuständigkeitsbereiche gebündelt und so besser aufeinander abgestimmt werden. Flankiert wird die Arbeit durch verstärkte Fachberatungsangebote, hier insbesondere durch die im Jahr 2020 neu gegründete Landesfachstelle „Prävention sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“.

Unterstützung kinderloser Paare bei Kinderwunschbehandlung

Die Landesregierung unterstützt seit 2019 Paare mit einem unerfüllten Kinderwunsch bei einer Kinderwunschbehandlung. **Knapp 9.000 Paare haben die finanzielle Unterstützung bereits beantragt, 95 Prozent der Anträge konnten positiv beschieden werden.** Das Land hat dazu seit Beginn des Programms knapp **15 Millionen Euro** bereitgestellt.

LSBTIQ* – Vielfalt statt Diskriminierung

Das Land Nordrhein-Westfalen beweist sein starkes Engagement für LSBTIQ* Menschen: Mit dem Aktionsplan für LSBTIQ* „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ dokumentiert die Landesregierung ihren anhaltenden Einsatz für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen in Nordrhein-

Westfalen. **Allein die queerpolitischen Leistungen der Landesregierung konnten in dieser Legislaturperiode bisher um rund 100 Prozent gesteigert werden** und liegen damit doppelt so hoch wie 2017. Zudem hat die Landesregierung zahlreiche neue Akzente in der LSBTIQ* Politik gesetzt.

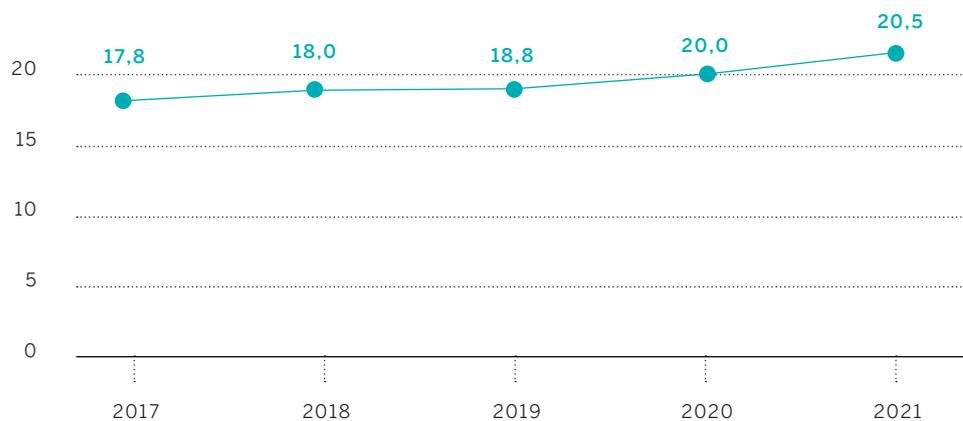
02 SCHULE UND BILDUNG

Rekordinvestitionen in Bildung: 20 Milliarden Euro

Zentrales Ziel der Landesregierung ist, dass Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen die beste Bildung erhalten. Dies spiegelt sich auch im Schuletat wider, der mit gut 24 Prozent weiterhin den größten Einzelanteil am Gesamthaushalt darstellt und in den vergangenen Jahren deutlich angewachsen ist. Beste Bildung braucht motivierte Lehrkräfte und vor allem mehr Lehrerinnen und Lehrer in Relation zur Schülerzahl. Die Landesregierung unternimmt daher erhebliche Anstrengungen zur Gewinnung von Lehrkräften. Vier Maßnahmenpakete zur verbesserten Stellenbesetzung wurden geschnürt. Eine Vielzahl von befristeten Stellen wurde entfristet, neue Stellen wurden geschaffen. Auch der Haushalt 2021 sieht insgesamt 3.374 zusätzliche Stellen vor, darunter neben Lehrkräften auch weitere zusätzliche Stellen für die Schulverwaltungsassistenz und die Schulpsychologie.

Der Haushalt 2021 sieht insgesamt **3.374** zusätzliche Stellen vor

Bildungsetat (in Mrd. EUR)



	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Verhältnis Schülerinnen und Schüler zu Lehrerstellen (insgesamt) aus Haushaltsplan	14,42	14,58	14,35	14,15	14,08	13,75

Masterplan Grundschule sorgt für Stärkung des Primarbereichs

In den Grundschulen wird das Fundament für den weiteren schulischen Erfolg gelegt. Deshalb legt die Landesregierung einen bildungspolitischen Schwerpunkt auf die Stärkung der Grundschulen und hat hierzu einen Masterplan entwickelt. Dieser deckt die gesamte Bandbreite des Arbeitens an Grundschulen ab, sorgt für deutlich stärkere Unterstützung der Lehrkräfte und den Ausbau der Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen. Bis 2025 investiert die Landesregierung 718 Millionen Euro in die Umsetzung des Masterplans Grundschule.

718 Millionen €

für die Umsetzung des
Masterplans Grundschule

Stärkung der Gymnasien und Einführung des neuen G9

Die Landesregierung hat mit ihrer Leitentscheidung für G9 den jahrelangen Streit über G8 und G9 im Einvernehmen mit allen Beteiligten beendet. Innerhalb eines Jahres hat sie alle rechtlichen Voraussetzungen für ein neues G9 geschaffen. Mit Beginn des Schuljahres 2019/2020

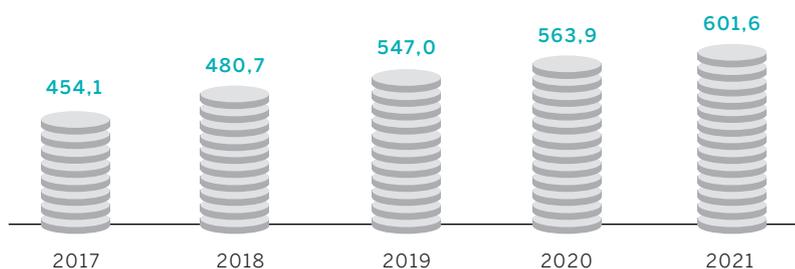
erfolgte die Umstellung an nahezu allen Gymnasien. **Mit dem G9-Belastungsausgleich wird das Land den kommunalen Schulträgern die entstehenden Kosten in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro erstatten.**

Mehr Plätze und Flexibilität im Offenen Ganztag für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

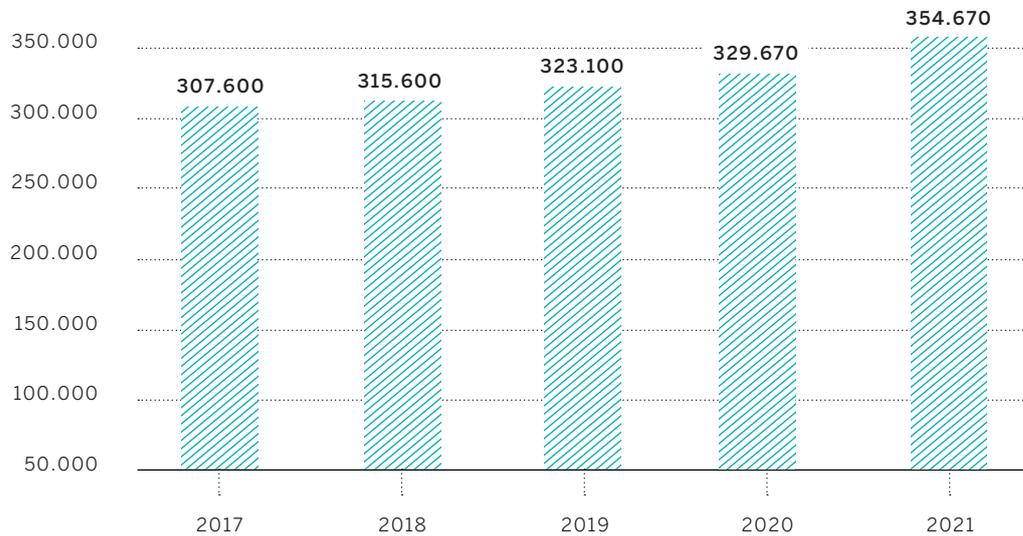
Bei der Unterstützung von Familien sowie der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt dem Offenen Ganztag eine entscheidende Rolle zu. **Die Landesregierung baut die Zahl der Plätze im Offenen Ganztag daher weiter aus.** Für das Schuljahr 2021/2022 ist ein Aufwuchs um weitere 25.000 Plätze auf dann insgesamt 354.670 Plätze geplant. Damit wurde die Anzahl der Plätze im Offenen Ganztag seit 2017 um insgesamt rund 47.000 Plätze gesteigert. Zudem wurden die Fördersätze spürbar erhöht. Insgesamt investiert die Landesregierung

damit rund 148 Millionen Euro zusätzlich in den Offenen Ganztag, dies ist eine Erhöhung der Haushaltsmittel um rund 32,5 Prozent. **Entscheidend ist jedoch nicht allein die Zahl der Plätze, sondern auch die Qualität der Betreuung sowie die Rahmenbedingungen für Familien.** Die Landesregierung hat daher immer drei Ziele gleichermaßen verfolgt: die Flexibilisierung der Teilnahmeregelungen, die Sicherung und Verbesserung der Qualität sowie den bedarfsgerechten Ausbau der Plätze.

Mittel für Betreuung im Offenen Ganztag (Soll-Werte, in Mio. EUR)



Plätze im Offenen Ganztag



60 Talentschulen für beste Aufstiegschancen in schwierigen Sozialräumen

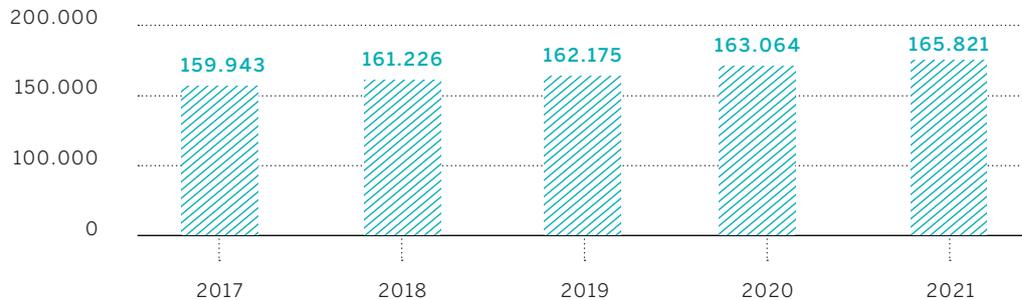
Die Landesregierung hat **60 Talentschulen mit exzellenter Ausstattung und zusätzlichem Personal in Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen eingerichtet**. Damit tritt sie dem Umstand entgegen, dass Bildungserfolge und Aufstiegschancen noch immer maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen. Von den dort gesammelten Erfahrungen soll mittelfristig die gesamte Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Mit dem Schulsozialindex für zielgenaue Ressourcenverteilung sorgen

In Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum und im Auftrag der QUA-LiS NRW (Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule) wurde für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ein neuer Schulsozialindex entwickelt. Mit Hilfe des Schulsozialindexes ist es in Nordrhein-Westfalen erstmals möglich, die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft jeder einzelnen Schule in den genannten Schulformen zu berücksichtigen und quantitativ abzubilden. Der Index kann künftig dazu beitragen, Ressourcen objektiver und zielgenauer auf die

Schulen zu verteilen. Eine Ressourcensteuerung unter Berücksichtigung des Schulsozialindexes kommt erstmals zum Schuljahr 2021/22 zum Einsatz. Dabei werden in einem ersten Schritt rund **5.200 Mehrbedarfsstellen** (zum Teil schulscharf, zum Teil bis auf Ebene der Bezirksregierungen) zugewiesen.

Lehrerstellen (insgesamt, gemäß Haushaltsplan)



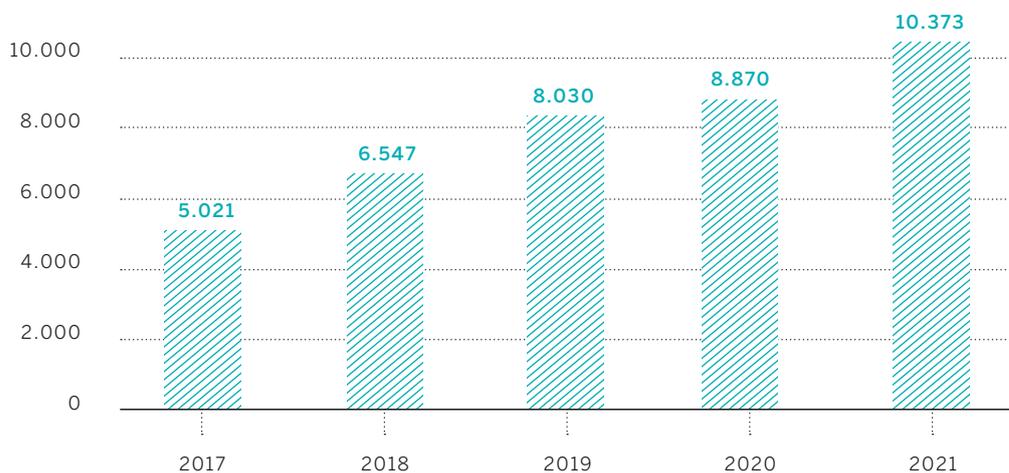
Gemeinsames Lernen ermöglichen, Inklusion erfolgreich gestalten

Die Landesregierung gestaltet die Inklusion an den Schulen bestmöglich und zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. **Dabei steht die Qualität der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler im Zentrum der Anstrengungen.**

Die Landesregierung hat sich für intensive zusätzliche Investitionen in diesem Bereich entschieden: Das Gemeinsame Lernen in der Grundschule wird zukünftig multiprofessionell unterstützt. Hierfür werden in den kommenden Jahren 400 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung und 400 Stellen für weitere pädagogische Berufsgruppen, die im Gemeinsamen Lernen der Klassen 3 und 4 eingesetzt werden, geschaffen. Darüber hinaus wird die Zahl der Stellen für Sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase, die auch im Rahmen der individuellen Förderung das Gemeinsame Lernen unterstützen können, schrittweise von derzeit 1.750 auf insgesamt 3.000 Stellen erhöht. Für die Unterstützung des Gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I wird die Landesregierung bis zum Schuljahr 2024/25 mindestens 6.000 Stellen mehr als die Vorgängerregierung zur Verfügung stellen. Für alle Schulen des Gemeinsamen Lernens wurden verbindliche Qualitätskriterien festgelegt.

Die Landesregierung hat sich für intensive zusätzliche Investitionen in diesem Bereich entschieden: Das Gemeinsame Lernen in der Grundschule wird zukünftig multiprofessionell unterstützt. Hierfür werden in den kommenden Jahren 400 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung und 400 Stellen für weitere pädagogische Berufsgruppen, die im Gemeinsamen Lernen der Klassen 3 und 4 eingesetzt werden, geschaffen. Darüber hinaus wird die Zahl der Stellen für Sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase, die auch im Rahmen der individuellen Förderung das Gemeinsame Lernen unterstützen können, schrittweise von derzeit 1.750 auf insgesamt 3.000 Stellen erhöht. Für die Unterstützung des Gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I wird die Landesregierung bis zum Schuljahr 2024/25 mindestens 6.000 Stellen mehr als die Vorgängerregierung zur Verfügung stellen. Für alle Schulen des Gemeinsamen Lernens wurden verbindliche Qualitätskriterien festgelegt.

Zusätzliche Inklusionsstellen (kumuliert)

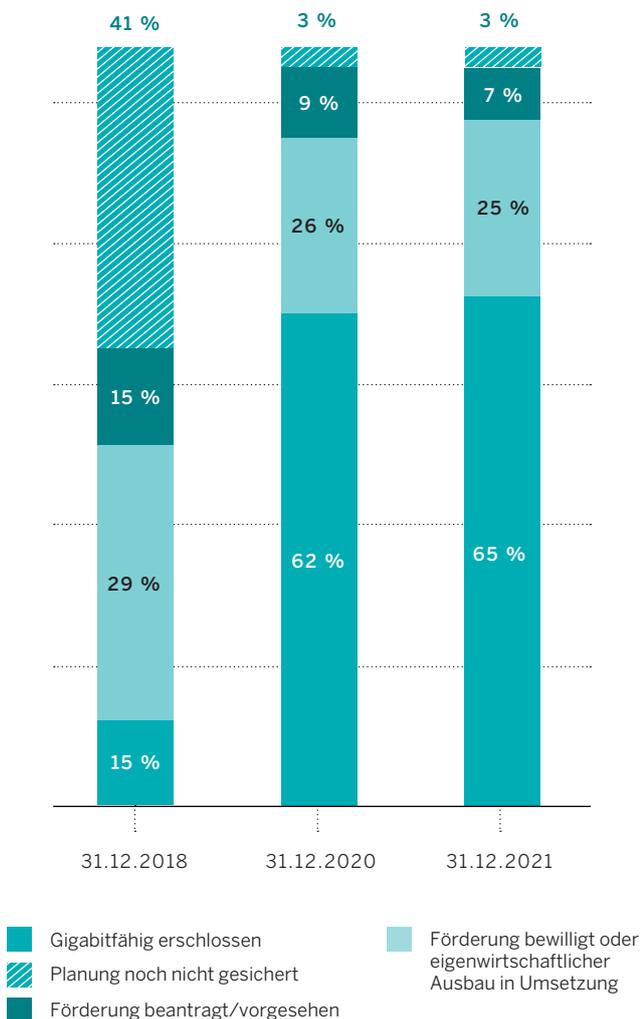


Bis 2022 bekommen fast 100 Prozent der Schulen Zugang zum schnellen Internet

Bei Regierungsübernahme 2017 hat die Landesregierung die Digitalisierung von Schule und Bildung in Nordrhein-Westfalen ganz oben auf die Agenda gesetzt. Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie richtig diese Entscheidung war. Ende März 2021 konnten bereits 65 Prozent der 5.400 Schulen auf gigabitfähige Netze zugreifen. Für weitere 32 Prozent ist eine Erschließung geplant oder in Umsetzung. Seit 2018 konnte die Quote der Schulen, die von den Trägern noch nicht für einen Gigabitanschluss vorgesehen sind, von 41 auf 3 Prozent gesenkt werden. Auf sie geht das Land mit Beratung und Fördermitteln zu. Bis Ende 2022 soll jede Schule einen Anschluss an das schnelle Internet erhalten.



Internetausbau an Schulen



263 Millionen Euro für digitale Endgeräte für Lehrkräfte und bedürftige Schüler

Nordrhein-Westfalen investiert derzeit **263 Millionen Euro für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien**. Als erstes Flächenland hat das Land alle Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen und Ersatzschulen mit digitalen Endgeräten ausgestattet. Ziel ist es, dass Lehrerinnen und Lehrer alle Chancen digitaler Medien für ihren Unterricht nutzen und auch bestmöglich online unterrichten können. Zusätzlich zum **Sofortausstattungsprogramm des Bundes unterstützt das Land mit 55 Millionen Euro** die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, die sich aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen kein digitales Endgerät leisten können.

Stärkung der informatischen und der ökonomischen Bildung

Alle Schülerinnen und Schüler sollen bestmöglich auf die Anforderungen einer zunehmend von IT-Systemen geprägten Lebens- und Arbeitswelt vorbereitet werden. Hierzu ist neben der Vermittlung von Medienkompetenzen und Fähigkeiten zum Anwenden und Bedienen digitaler Systeme besonders das Verständnis der zugrundeliegenden informatischen Konzepte von großer Bedeutung, um den Nutzen sowie die Wirkungsweise solcher Systeme bewerten zu können. Deshalb wird in Nordrhein-Westfalen künftig **bereits in der Grundschule, und dort vor allem im Sach- und Mathematikunterricht, eine altersgerechte erste Begegnung mit informatischen Inhalten erfolgen**. Für die Klassen 5 und 6 an allen Schulformen mit Sekundarstufe I hat Nordrhein-Westfalen das Fach Informatik ab dem Schuljahr 2021/22 als Pflichtfach eingeführt. Es folgen über den Wahlpflichtbereich in der Mittelstufe sowie in der gymnasialen Oberstufe weitere Informatikangebote zur Vertiefung bis hin zum mittleren Schulabschluss und bis zur Allgemeinen Hochschulreife. Mit dem Pakt für Informatik will die Landesregierung zu-

dem die Kooperation von Schule und Wirtschaft im **MINT-Bereich stärken**, um die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler im Bereich Informatik und Digitalisierung **durch einen starken Praxis- und Anwendungsbezug zu unterstützen** und für Ausbildungsberufe und Studiengänge im IT-Bereich zu begeistern. In insgesamt fünf Netzwerken „Zukunft durch Innovation“ arbeiten hierzu Schulen mit Expertinnen und Experten aus Unternehmen zusammen, um den Nachwuchs im IT-Bereich durch praxisorientierte Projekte zu fördern. **Keine Schülerin und kein Schüler soll künftig die Schule ohne informatisches Basiswissen und Grundkenntnisse im Programmieren verlassen.**

Mit dem Schuljahr 2020/21 wurde an allen Schulen mit Sekundarstufe I das Schulfach Wirtschaft eingeführt bzw. dessen Stellung im Fächerkanon gestärkt. Damit sorgt die Landesregierung für eine solide ökonomische Bildung, die neben Kenntnissen der Wirtschaftsordnung auch zentrale Aspekte der Verbraucherbildung beinhaltet.

Schaffung zusätzlicher Studienplätze

Im Rahmen von neuen Vereinbarungen mit den Hochschulen werden u.a. für das Grundschullehramt und die Sonderpädagogik **dauerhaft zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen** in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Im Grundschullehramt wurden zum Wintersemester 2020/21 300 Bachelor-Studienplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze geschaffen beziehungsweise dauerhaft eingerichtet. Mit der bereits erfolgten Erhöhung im Jahr 2018 entspricht dies seit Beginn der Legislaturperiode insgesamt rund 700 neuen

Plätzen. Im Bereich Sonderpädagogik wurden bereits zum Wintersemester 2020/21 rund 250 Bachelor-Studienplätze eingerichtet, in den nächsten Jahren sind weitere 250 Plätze vorgesehen. Damit schaffen beziehungsweise sichern Land und Hochschulen seit Beginn der Legislaturperiode in der Sonderpädagogik insgesamt 750 Plätze. **Zudem wurden für das Lehramt an Berufskollegs die Studienplätze in der Fachrichtung Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und zusätzliche Studienstandorte geschaffen.**

Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung

Die gemeinsam von Arbeits- und Schulministerium verantwortete Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung wurde in engem Austausch mit allen Akteuren der Beruflichen Bildung überarbeitet. Zwischenzeitlich sind bereits **in mehr als der Hälfte der 58 Maßnahmen der Agenda**

Umsetzungen erfolgt. Bis zum Ende der Legislaturperiode und darüber hinaus werden die Maßnahmen der Agenda fortlaufend umgesetzt, um die Berufliche Bildung **attraktiv, zeitgemäß**, weiterhin **durchlässig** und **zugänglich für alle** zu gestalten.

03 KULTUR, WISSENSCHAFT UND WEITERBILDUNG

Landesregierung gibt Hochschulen Freiraum bei Forschung und Lehre

Am 1. Oktober 2019 ist das neue Hochschulgesetz in Kraft getreten, mit dem die Landesregierung den Hochschulen Autonomie und eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten zurückgibt. Land und Hochschulen kehren wieder zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zurück. Die Abstimmung von strategischen Zielen erfolgt wieder gemeinsam zwischen den Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium. Zudem können die Hochschulen nunmehr im Rahmen eines Optionsmodells unter bestimmten Bedingungen Bauvorhaben in eigener Verantwortung umsetzen. Zugleich stärkt die Landesregierung die Qualität von Forschung und Lehre und schafft gute Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium.

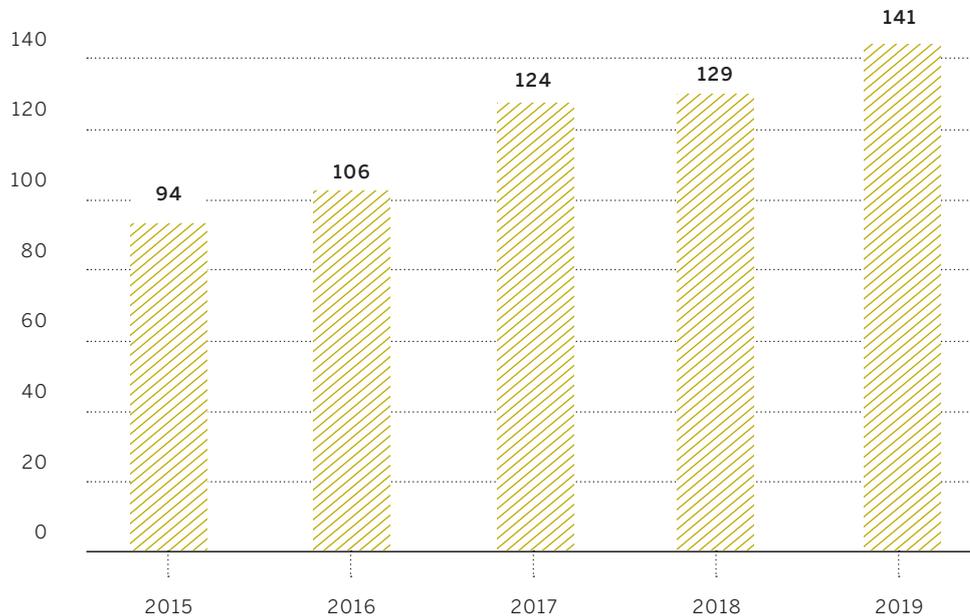
Funktionierende Elemente im Bereich von Lehre und Studienerfolg sind gestärkt worden, während Regelungen, die sich als nicht praktikabel erwiesen haben, wegfallen. Ein klares Ziel der Gesetzesnovelle ist die Verringerung der Zahl der Studienabbrecher. Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes hat das Land Nordrhein-Westfalen darüber hinaus die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Promotionskollegs für angewandte Forschung der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen geschaffen, das nach Begutachtung durch den Wissenschaftsrat Promotionsverfahren durchführen und Doktorgrade verleihen soll.

Nordrhein-Westfalens Wissenschaft gehört zur bundesweiten Spitze

In der Exzellenzstrategie – dem großen Förderprogramm des Bundes und der Länder für die Spitzenforschung – haben die nordrhein-westfälischen Universitäten außerordentlich erfolgreich abgeschnitten. Seit Januar 2019 werden 14 Exzellenzcluster für zunächst sieben Jahre mit jeweils drei bis zehn Millionen Euro gefördert. Die Universität Bonn und die RWTH Aachen konnten sich in der Förderlinie „Exzellenzuniversität“ durchsetzen. Die RWTH Aachen trägt bereits seit 2007 diesen Titel, die Universität Bonn konnte ihn erstmals erringen und ist damit in Verbindung mit vier eigenen und zwei Exzellenzclustern zusammen mit den Universitäten Aachen und Köln deutschlandweit mit sechs Clustern die erfolgreichste Hochschule in der Exzellenzstrategie; keine andere Hochschule hat so viele Cluster eingeworben. Die Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auch das Ziel

gesetzt, Spitzeneinrichtungen der Forschung in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln und kann bereits Erfolge bei den großen außeruniversitären Forschungsorganisationen vorweisen. So hat der Senat der Max-Planck-Gesellschaft im November 2018 die Gründung eines neuen Instituts für „Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre“ am Standort Bochum beschlossen. Die Fraunhofer-Gesellschaft baut das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie (IEG) länderübergreifend an insgesamt sieben Standorten auf, darunter Aachen, Bochum (Institutssitz), Jülich und Weisweiler. Kernstück ist das bereits mit Förderung des Landes aufgebaute Internationale Geothermiezentrum Bochum (GZB) an der Hochschule Bochum, an dem bereits seit längerer Zeit an wichtigen Fragen der Energiespeicherung gearbeitet und entsprechende Expertise aufgebaut wurde.

Patentanmeldung der Hochschulen



Nordrhein-Westfalen führender Standort von Höchstleistungs- und Hochleistungsrechnern

Der Zugang zu Hochleistungsrechnern ist mittlerweile für viele Forschungsbereiche unverzichtbar. Mit dem Projekt „Nationales Hochleistungsrechnen“ legen Bund und Länder die Grundlage für die Errichtung eines funktionsfähigen nationalen Verbunds von Rechenzentren, der die Forschung in Deutschland entscheidend voranbringen wird. **Dass gleich zwei Rechenzentren in Nordrhein-Westfalen Teil dieses Verbunds sind, ist ein großer Erfolg für die beteiligten Universitäten in Aachen und Paderborn und auch für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.** Die in Nordrhein-Westfalen angesiedelten Aktivitäten im Bereich Höchstleistungsrechnen bzw. High Performance Computing (HPC) sind im Jülich Supercomputing Centre (JSC) des Forschungszentrums Jülich (FZJ) gebündelt,

das einer der führenden Standorte für Supercomputing bis in die weltweit höchsten Leistungsklassen ist. Das JSC betreibt derzeit zwei Supercomputer: ein hochskalierbares System der höchsten Leistungsklasse (JUWELS), welches im Rahmen des nationalen „Gauss Centre for Supercomputing“ (GCS) finanziert und betrieben wird und aktuell das schnellste System in Europa ist, sowie ein General Purpose-System (JURECA). Zudem wird sich das FZJ im Rahmen des Gauss Centre for Supercomputing – im Einvernehmen mit dem Bund und den beiden anderen Sitzländern von Höchstleistungsrechnern – als Standort für den ersten EuroHPC Exascale-Rechner in Deutschland bewerben. Die Ausschreibung wird für Ende 2021 erwartet.

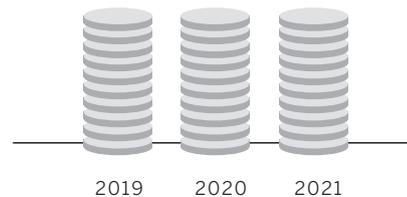
Digitalisierung von Studium, Lehre und Forschung in Nordrhein-Westfalen

Um Studierenden bestmögliche Studienvoraussetzungen in einem zukunftsfähigen Umfeld zu bieten, treibt die Landesregierung die **Digitalisierung von Studium und Lehre in Nordrhein-Westfalen** zielgerichtet voran. Dafür wurden neue landesweite IT-Infrastrukturen geschaffen und inno-

vative Technologien in Studium und Lehre, in der Informationssicherheit und in der Forschung eingesetzt. Die Digitale Hochschule NRW (DH.NRW) – eine Kooperationsgemeinschaft von 42 Hochschulen und dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft – schafft die Voraussetzungen

für ein hochschulübergreifendes Angebot in den Bereichen Studium und Lehre, Forschungsunterstützung, Administration und Digitale Infrastruktur an den Hochschulen. Im Rahmen der Digitalisierungsoffensive werden den Hochschulen seit 2019 jährlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, ab 2022 werden es jährlich 35 Millionen Euro sein. Das Landesportal ORCA.nrw (Open Resources Campus NRW) ist 2021 an den Start gegangen. Bis 2023 stellt das Land insgesamt mehr als 7 Millionen Euro für den Auf- und Ausbau des Portals zur Verfügung. Auf dem Portal werden digitale Lehr- und Lernmaterialien für Lehrende und Studierende sowie Informationen und Services rund um das Thema digital gestützte Lehre bereitgestellt. Zudem werden bis 2023 insgesamt 40 Millionen Euro für E-Book-Lizenzen eingesetzt.

**50 Mio. €
pro Jahr für die
Digitalisierung an
Hochschulen**



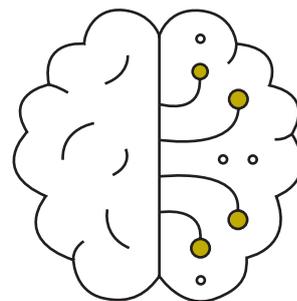
Aufbau von vier „Research Centern“ der Universitätsallianz Ruhr

Mit insgesamt **75 Millionen €** wird die starke **Wissenschaftslandschaft** in der Region noch ein Stück stärker

Mit dem Aufbau von zunächst vier gemeinsamen „Research Centern“ wird die universitäre Spitzenforschung der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen gebündelt. Die Landesregierung fördert damit den strukturellen und dauerhaften Aufbau neuer und innovativer Forschungszentren der drei Hochschulen in der Universitätsallianz Ruhr. Damit wird die Rolle der Metropolregion als Chancenregion bekräftigt. Mit insgesamt 75 Millionen Euro wird die starke Wissenschaftslandschaft in der Region noch ein Stück stärker. Die drei Universitäten der „Research Alliance Ruhr“ werden mit den Centern und einem College auf entscheidenden Zukunftsfeldern einen neuen Schulterschluss der Innovation angehen.

Digitalisierungsforschung

Mit dem neu eingerichteten „CAIS – NRW-Institut für Digitalisierungsforschung (CAIS)“ wird an der gesellschaftlichen und technologischen Gestaltung der digitalen Transformation geforscht, die sich auf die Potenziale und Herausforderungen für den Menschen konzentriert. Erste Themen des CAIS sind Künstliche Intelligenz in der Lebenswelt, Digitale Souveränität, Digitale Mobilität, Digitalisierung der Wissenschaft. Damit wird das mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angekündigte Institut, das sich mit den ethischen Rahmenbedingungen und der gesellschaftlichen Dimension von Künstlicher Intelligenz (KI) auseinandersetzt, eingerichtet. Das Land unterstützt das neue, in Bochum angesiedelte Forschungsinstitut CAIS mit zunächst 2,1 Millionen Euro im Jahr 2021 und im Endausbau ab 2024 mit jährlich sechs Millionen Euro.



KI made in NRW

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, den Ausbau von KI in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben. Dabei steht im Fokus, Erkenntnisse der Wissenschaft und Forschung für die Wirtschaft sowie für Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen. „KI made in NRW“ ist dafür ein ganzheitliches Konzept, das von drei Säulen getragen wird: „Exzellenz in Forschung und Bildung“, „Erfolg in der Wirtschaft“ und „Ethik in der Umsetzung“. Die Forschung zu Künstlicher Intelligenz und Maschinellem Lernen ist an den nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits stark aufgestellt. **Hervorzuheben ist das Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein Ruhr (ML2R) in Dortmund**

und Bonn, eines von bundesweit fünf bestehenden KI-Kompetenzzentren. Den Technologietransfer unterstützt die Kompetenzplattform KI.NRW, die Initiativen und Kompetenzen im Bereich KI und Maschinelles Lernen bündelt und vernetzt.

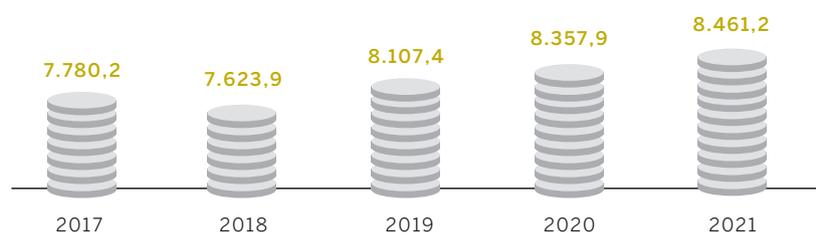
Die Umsetzung von Forschung in die Anwendung erfordert die Förderung und Ausbildung des wissenschaftlichen KI-Nachwuchses. Die neue Förderlinie KI / ML trägt dem Rechnung. Sie umfasst zwei Förderformate, das standortübergreifende Graduiertenkolleg „Data NInJA“ und das Förderformat „KI-Starter“ bei dem junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler unmittelbar nach ihrer Promotion in ihrer weiteren wissenschaftlichen Karriere unterstützt werden.

Batteriezellenforschung

Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg, ein führender Standort im Bereich der Elektromobilität zu werden. Ein wichtiger Baustein ist die Förderung der Batteriezellenforschung und -produktion. Hierbei kann auf einer exzellenten Forschungslandschaft, insbesondere im Bereich Elektrochemie, Materialwissenschaften und Produktionstechnologie, aufgebaut werden. Um die deutsche und europäische Industrie bei der effizienten und nachhaltigen Produktion innovativer Batteriezellen zu unterstützen, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen seines Dachkonzepts **„Forschungsfabrik Batterie“** den Aufbau und Betrieb einer bundesweit einzigartigen, physischen Forschungsfabrik, der **„Forschungsfertigung Batterie“** (FFB), mit ca. 500 Millionen Euro. In einem bundesweiten Standortwettbewerb um die FFB hat sich 2019 ein Konsortium mit dem Batterieforschungszentrum MEET der Universität Münster, dem Helmholtz-

Institut Münster, der RWTH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich gegen starke Konkurrenz durchgesetzt. **Als Landesbeitrag finanziert Nordrhein-Westfalen mit bis zu 180 Millionen Euro einen genau auf die Bedürfnisse der FFB zugeschnittenen Neubau in Münster.** Betreiberin der FFB wird die Fraunhofer-Gesellschaft, die bei Aufbau und Betrieb eng mit den wissenschaftlichen Standortpartnern aus Nordrhein-Westfalen kooperiert. Um auch künftig die besten Köpfe in Münster anzusiedeln, fördert die Landesregierung zudem die Internationale Forschungsschule für Batterie-Chemie, Charakterisierung, Analyse, Recycling und Anwendung (kurz: BACCARA) in Münster und die Nachwuchsforschergruppe „HIPSTER“ (High Performance Solid-State Batteries) am Forschungszentrum Jülich. Denn die Nachwuchsförderung ist für den weiteren Erfolg der Batterieforschung am Standort Münster entscheidend.

Entwicklung der Ausgaben für die Wissenschaft (Soll-Werte, in Mio. EUR)



Stärkungsinitiative Kultur: Kulturhaushalt wächst um 50 Prozent bis 2022

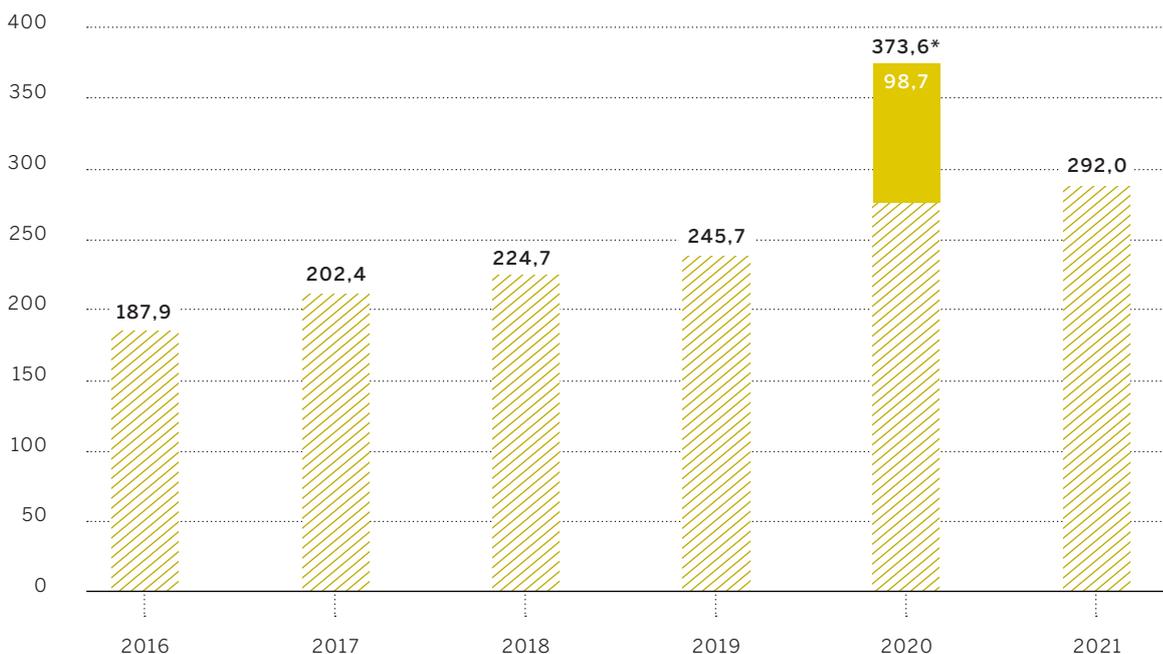
Nordrhein-Westfalen ist die Heimat einer der vielfältigsten und kreativsten Kulturszenen Europas. Das Fundament dieser einzigartigen Kulturlandschaft zu stärken, ist das erklärte Ziel der Landesregierung. Daher wurde die langjährige Unterfinanzierung der Kultur beendet. **Der Kulturetat wird bis 2022 (im Vergleich zu 2017) um mehr als 50 Prozent von 200 auf 300 Millionen Euro im Jahr erhöht.** Zudem hat die Landesregierung eine landesweit einzigartige kulturpolitische Offensive gestartet. Die „Stärkungsinitiative Kultur“ bietet den Kultureinrichtun-

gen in Nordrhein-Westfalen sichere Perspektiven für die kommenden Jahre und ermöglicht ihnen zugleich mehr Gestaltungsspielraum für ihre künstlerische Entfaltung und Entwicklung. Die Landesregierung gibt der Kultur den gesellschaftlichen Stellenwert zurück, den sie verdient.

Neue kulturelle Leuchttürme entstehen in Nordrhein-Westfalen

Mit dem OWL-Forum als kulturellem Veranstaltungszentrum in Herford, dem Aufbau des Deutschen Fotoinstituts zur Bewahrung des nationalen fotografischen Kulturerbes sowie der Entstehung von DOMiD in Köln als erstem Migrationsmuseum in Deutschland entstehen neue Leuchttürme der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Dafür hat das Land allein 2020 zusätzlich knapp 100 Millionen Euro bereitgestellt.

Kulturetat (in Mio. EUR)



* davon 98,7 Mio. EUR einmalige Mehrausgaben für die Errichtung der oben genannten kulturellen Leuchttürme.

Schaffung eines Kulturgesetzbuches

Mit dem neuen Kulturgesetzbuch werden erstmals in Deutschland die wichtigsten die Kultur betreffenden Regelungen gebündelt und unnötige Bürokratie bei der Förderung abgebaut. **Das Kulturgesetzbuch wurde im Mai 2021 in den Landtag eingebracht und soll Ende des Jahres vom Landtag verabschiedet werden.** Damit wird das kulturelle Leben in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und Kunst und Kultur als Schlüsselthema in unserem Land positioniert.

Land fördert attraktives Kulturangebot auch in den ländlichen Räumen

Zunehmend hat die Landesregierung bei der Kulturförderung auch die ländlichen Räume im Blick. Ihr Ziel ist es, möglichst überall, auch abseits städtischer Ballungsräume, ein flächendeckendes, attraktives Kulturangebot zu schaffen und zu sichern. Mit dem Aufbau neuer oder der

Weiterentwicklung bestehender Kultureinrichtungen als „Dritte Orte“ werden Impulse für eine gebündelte kulturelle Grundversorgung in diesen Regionen geben. In diesem Jahr beginnt in den Kommunen die Umsetzung ausgewählter Projektideen.

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben Programm „Dritte Orte“	-	-	0,5 Mio. EUR	0,9 Mio. EUR	4,8 Mio EUR

Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes

Mit der Weiterentwicklung und Modernisierung des Weiterbildungsgesetzes (WbG) werden die aktuellen Herausforderungen für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung aufgegriffen und in der zukünftigen Ausrichtung der Landesförderung berücksichtigt. Dazu wird die institutionelle Förderung der Einrichtungen deutlich verbessert. Die Dynamisierung der Mittel für die Förderung im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes ist in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Zudem sollen mit den neuen Förderinstrumenten einer Entwicklungspauschale und eines Innovationsfonds die Volkshochschulen und die gemeinwohlorientierten Einrichtungen in nicht-kommunaler Trägerschaft in ihrer Flexibilität und Innovationskraft gestärkt und zukunftsfähig ausgerichtet werden. Die Mittel für das Nachholen von Schulabschlüssen wurden bereits 2021 deutlich erhöht. Darüber hinaus sollen im WbG-Weiterentwicklungsgesetz Maßnahmen für regionale Bildungsplanung besonders gefördert werden, mit denen sich Volkshochschulen innerhalb regionaler Bildungslandschaften vernetzen, über Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung bis hin zum Nachholen von Schulabschlüssen informieren oder eine allgemeine Bildungsberatung durchführen.

04 FINANZEN

Haushaltswende erfolgreich auf den Weg gebracht, gezielte Investitionen in die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen wird wieder Aufsteigerland. Mit dem Versprechen, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, hat die Landesregierung im Jahr 2017 ihre Arbeit aufgenommen. Unmittelbar nach Regierungsübernahme wurde die Haushaltswende eingeleitet: **Mit den Haushalten 2018 und 2019 hat die Landesregierung erstmals seit fast 50 Jahren wieder Haushaltspläne ohne neue Schulden dem Landtag vorgelegt, vollzogen und sogar über 600 Millionen Euro an Schulden getilgt,**

Zukunftsrücklagen gebildet sowie Überschüsse erwirtschaftet. Auch in den Corona-Jahren 2020 und 2021 hat das Land unter schwierigen Rahmenbedingungen im Kernhaushalt **keine neuen Schulden gemacht** und gleichzeitig auf Rekordniveau in die Zukunft Nordrhein-Westfalens investiert. Damit hat die Landesregierung bekräftigt, dass sie an der Politik von Maß und Mitte festhält. **Nordrhein-Westfalen bleibt auch in der Corona-Zeit Aufsteigerland!**

	2016	2017	2018	2019	2020
Entwicklung der Nettoneuverschuldung bzw. ab 2018 HH-Überschüsse (Ist-Werte)	- 394 Mio. EUR	- 401 Mio. EUR	542 Mio. EUR	103 Mio. EUR	6 Mio EUR*

* exkl. Sondervermögen Corona-Rettungsschirm

Nordrhein-Westfalen erhält höchste Kreditwürdigkeit

Solide Haushaltspolitik zahlt sich aus: Zum ersten Mal seit 2004 hat die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit des Landes 2019 wieder mit AA (stabil) bewertet. Auch die Ratingagenturen Moodys und Fitch bewerten die Bonität von Nordrhein-Westfalen mit Aa1 (stabil) bzw. AAA (stabil). Diese gute Bonität hat Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner soliden Haushaltspolitik auch in der Corona-Krise erhalten.

Weil Nordrhein-Westfalen Vertrauen an den Finanzmärkten genießt, konnte die Landesregierung in den vergangenen Jahren acht Nachhaltigkeitsanleihen mit einem Gesamtvolumen von rund 16,8 Milliarden Euro auf den Finanzmärkten platzieren. **Damit ist Nordrhein-Westfalen der größte öffentliche Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen weltweit und das erste und bisher einzige deutsche Land, das Anleihen in diesem Bereich begibt.**

05 WIRTSCHAFT, INNOVATION UND DIGITALISIERUNG

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft im Land entwickelt sich seit 2017 etwas besser als im Bundesdurchschnitt. Von 2011 bis 2016 hatte Nordrhein-Westfalen eine Wachstumslücke von jährlich 0,7 Prozent gegenüber dem Bund. **Seit 2018 liegt das Wachstum hierzulande knapp über dem Bundesdurchschnitt.** In der Corona-Krise 2020 ist die nordrhein-westfälische Wirtschaft weniger stark eingebrochen als in den anderen Bundesländern (um 0,5 Prozentpunkte). Trotzdem kann sich die Wirtschaft laut RWI-Prognose 2021 ähnlich schnell erholen. **Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich ebenfalls besser als im**

Bundesdurchschnitt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im März 2021 saisonbereinigt auf 7.088.701. Damit haben wir in Nordrhein-Westfalen schon wieder **mehr Arbeitsplätze als vor der Krise** und sogar den bisherigen Rekord vom Februar 2020 leicht übertroffen (7.080.090). Zur branchenübergreifend besseren Entwicklung haben auch das Konjunkturprogramm des Landes sowie die schnellen Hilfsauszahlungen beigetragen. Zudem konnten wir unsere Grenzen für Pendler und Logistik offenhalten.

59 Gesetze und Verordnungen vereinfacht oder gestrichen

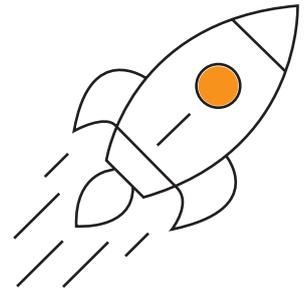
In nur vier Jahren hat die Landesregierung fünf Entfesselungspakete mit fast 60 Maßnahmen auf den Weg gebracht und damit zahlreiche Hemmnisse für den Erfolg der heimischen Wirtschaft aus dem Weg geräumt. Dabei ist die Landesregierung dem Grundsatz gefolgt, Dinge unkomplizierter, überschaubarer und für die Betroffenen verständlicher zu gestalten, ohne dabei wichtige, allgemein akzeptierte, übergeordnete Ziele wie Klima-, Umwelt- oder Landschaftsschutz aufzugeben. **Allein die digitale Gewerbeanmeldung hat den Verwaltungsaufwand für Gründer um 80 Prozent reduziert.** Viele gute Beispiele, die die Landesregierung landesweit in Form moderner Verfahren und bürgerorientierter Behörden

sammeln konnte, will sie bundesweit übertragen. **Ihr Ziel ist eine Ermöglichungs- statt einer Verhinderungskultur in Deutschland.** Schlanke Verfahren für Unternehmen sind daher ein wichtiger Beitrag zur Mobilisierung von Investitionen und damit zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung. Zudem kosten sie den Staat keinen Cent – ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Daher hat die Landesregierung zusätzlich zu den Entfesselungspaketen auch auf Bundesebene ein umfassendes Bürokratieabbaupaket geschnürt. Es enthält 48 Entlastungs- und Vereinfachungsvorschläge, die im Herbst 2020 in den Bundesrat eingebracht wurden.

Neue Gründerzeit: mehr als 2.350 Gründerstipendien vergeben

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition hat bereits kurz nach Amtsübernahme eine „Neue Gründerzeit Nordrhein-Westfalen“ ins Leben gerufen und dazu eine Gründungsförderung aus einem Guss erarbeitet. Mit **insgesamt 64 Maßnahmen in zehn strategischen Handlungsfeldern** hat sich die Landesregierung viel vorgenommen für diese Legislaturperiode: Nordrhein-Westfalen soll zur **Top-Adresse für die Gründerszene** werden. Ein zentrales Instrument der Gründerförderung sind die **Gründerstipendien**, in deren Rahmen Gründerinnen und Gründer über ein Jahr einen **monatlichen Zuschuss von 1.000 Euro** erhalten, um sich auf ihre Gründung konzentrieren zu können. Seit dem Start des Programms 2019 und bis Ende Mai 2021 wurden **2.363 Stipendien bewilligt**.

Der Ausbau des Start-up-Ökosystems spielt eine wichtige Rolle, um Innovationen entstehen zu lassen und den strukturellen Wandel der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu beschleunigen. Deshalb sind die **Digital Hubs** von großer Bedeutung – seien es die vom Land teilfinanzierten DWNRW-Hubs in Aachen, Bonn, Düsseldorf, im Münsterland und Ruhrgebiet oder aber private Hubs. Alle Hubs sind zentrale Anlaufstellen für Start-ups, etablierte Unternehmen und den Mittelstand. Mit einem neuen „Scale-Up“-Programm plant die Landesregierung eine weitergehende gezielte Förderung für erfolversprechende Start-ups in der Wachstumsphase. Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen laut Deutschem Startup Monitor 2020 mit einem Anteil von 19,1 Prozent an allen Start-ups auf Platz 1. Bei den Gründungen liegt das Land nach Zahlen des „StartupDetector“ auf dem dritten Platz: 17 Prozent aller Start-ups (1,3 Start-ups pro Tag) wurden im Jahr 2020 hier gegründet.



Digitalisierung wird auf allen Ebenen vorangetrieben

Die Landesregierung hat in ihrer 2019 vorgelegten, ressortübergreifenden Digitalstrategie 44 konkrete Ziele festgeschrieben. In einem Fortschrittsbericht hat das Land dargelegt, wie es bei der Umsetzung der einzelnen Ziele vorangekommen ist. Gleichzeitig wird die **Digitalstrategie** kontinuierlich und unter Einbeziehung von Anregungen aus der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung **fortentwickelt**. Ende 2021 soll so ein erstes Update vorgelegt werden.

Gemeinsam mit den Mobilfunknetzbetreibern hat die Landesregierung im Sommer 2018 den Mobilfunkpakt unterzeichnet. Seither haben die Unternehmen bis Ende 2020 mehr als 1.200 LTE-Standorte neu errichtet, über 4.700

erstmalig auf LTE umgerüstet und rund 7.000 LTE-Kapazitätserweiterungen vorgenommen. Hinzu kommen fast 4.000 5G-Erweiterungen, die seit der Frequenzversteigerung im Jahr 2019 installiert wurden. **Als erstes Land hat Nordrhein-Westfalen Ende 2019 eine 5G-Mobilfunkstrategie veröffentlicht, die die Weichen für den Ausbau stellt und uns unserem Ziel, eine Führungsrolle im Bereich 5G einzunehmen, ein Stück näherbringt.** Zudem hat die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern die Task Force „Mobilfunkausbau und 5G“ gegründet, um noch bestehende Herausforderungen beim Mobilfunkausbau gemeinsam zu meistern.

Unter Digitalisierung versteht die Landesregierung weit mehr als nur den Infrastrukturausbau:

- Nordrhein-Westfalen erhält ein **eigenes Institut für Digitalisierungsforschung**.
- Die Entwicklung der Blockchain-Technologie wird in Nordrhein-Westfalen über zwei Säulen gefördert: Das Projekt „Blockchain Europe“ zum Aufbau des **Europäischen Blockchain-Instituts in Dortmund** erforscht seit 2020 die praxisnahe Anwendung der Blockchain-Technologie in der Logistik (Fördermittel: rd. 7,7 Millionen Euro). Über das „Blockchain-Reallabor“ mit Standort in Hürth sollen zudem im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier zahlreiche Blockchain-Praxisprojekte gefördert werden.
- 2018 hat das Land die **Kompetenzplattform KI.NRW** ins Leben gerufen. Sie soll Nordrhein-Westfalen zu einem bundesweit führenden Standort für angewandte Künstliche Intelligenz (KI) ausbauen und als zentrale Dachorganisation für einen Dreiklang aus Spitzenforschung, Innovation und Unternehmertum sorgen.
- Die **komplette Digitalisierung der Landesverwaltung** wird von 2031 auf 2025 vorgezogen. Wesentlich dabei ist, den Zugang zu Verwaltungsleistungen so leicht wie möglich zu machen.
- Mit dem **Wirtschafts-Service-Portal.NRW** (WSP.NRW) stellt die Landesregierung bereits jetzt ein zentrales digitales Zugangstor für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung, über das 31 wirtschaftsbezogene Verwaltungsleistungen elektronisch und medienbruchfrei abgewickelt werden können. Die Abwicklung ist verknüpft mit einem elektronischen Bezahlungssystem und auch die Verwaltungsentscheidung wird digital zum Download zur Verfügung gestellt. Bis Ende 2022 sollen dann mindestens 350 Leistungen angeboten werden, die nach dem sog. „Einer-für-Alle“-Prinzip entwickelt und daher auch von anderen Bundesländern mit- oder nachgenutzt werden können.
- Über eine **Bereitstellungspflicht im Rahmen von Open Data** will die Landesregierung Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Unternehmen vielfältige Verwaltungsdaten zugänglich machen.

Mittel für Gründer (in EUR)



Forschungsförderung und Künstliche Intelligenz

Mit der auch **auf Betreiben der Landesregierung eingeführten Forschungszulage** existiert seit dem 1. Januar 2020 in Deutschland eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Eine erste Auswertung zeigt, dass die Forschungszulage in Nordrhein-Westfalen von Unternehmen aller Größen breit in Anspruch genommen wird.

Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die KI einsetzen, erzielen dadurch erhebliche positive Auswirkungen auf ihre Innovationsleistung. Diese gelten insbesondere für Produktinnovationen mit einem sehr hohen Neuheitsgrad. Durch den Einsatz von KI konnten ca. 80 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Weltmarktneuheiten einführen. Der zusätzliche Gewinn der Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, der im Zusammenhang mit dem KI-Einsatz steht, machte im Jahr 2018 rund 3,0 Milliarden Euro aus.

06 ENERGIE UND KLIMA

Mittel für Klimaschutz
und Energiewende
seit 2017 auf

171,1 Millionen €
versiebenfacht

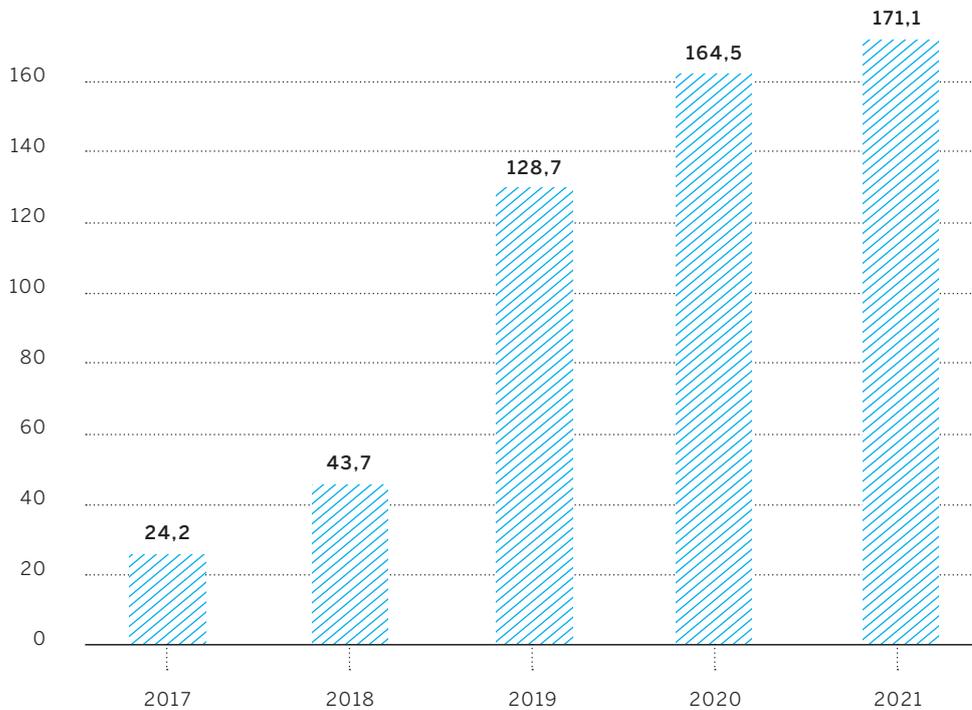
Die Landesregierung nimmt die Klimaziele ernst. Deshalb hat sie die Haushaltsmittel für Klimaschutz seit 2017 auf 171,1 Millionen Euro im Jahr 2021 versiebenfacht. Schon heute übererfüllt Nordrhein-Westfalen seine eigenen Klimaschutzziele: Die Vorgängerregierung wollte von 1990 bis 2020 25 Prozent CO₂ einsparen. Dieses Ziel haben wir bereits vor drei Jahren erreicht. 2019 lagen die jährlichen CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen bereits 38 Prozent unter dem Wert von 1990. Damit liegt Nordrhein-Westfalen bei der CO₂-Ersparnis im Jahr 2019 über dem Bundesschnitt (35,7 Prozent). Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung 2020 ihre Klimaschutzziele verschärft. Während die Vorgängerregierung bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Reduktion der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 80 Prozent angestrebt hat, wird die Novellierung des Klimaschutzgesetzes nach Beratung im Landtag auf Klimaneutralität bis 2045 zielen.

Nordrhein-Westfalen geht beim Kohleausstieg voran

Zum Jahresende 2020 ist am RWE-Braunkohlekraftwerksstandort Niederaußem der erste Block mit einer Leistung von circa 300 Megawatt vom Netz gegangen. Damit wurde die Umsetzung des gesetzlich festgelegten Stilllegungspfades für Braunkohlekraftwerke eingeleitet. Im Verlauf der 2020er Jahre werden weitere Stilllegungen in Nordrhein-Westfalen folgen. Allein in diesem Jahr werden noch drei Blöcke im Rheinischen Revier stillgelegt. Bis Ende 2022 verlangt das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz eine bundesweite Reduktion der Braunkohle-Kraftwerksleistung um knapp drei Gigawatt.

Diese wird ausschließlich im Rheinischen Revier realisiert. Bis einschließlich 2029 übernimmt Nordrhein-Westfalen rund 70 Prozent der bundesweit zu reduzierenden Braunkohlekapazitäten und ist Vorreiter beim Kohleausstieg. Nordrhein-Westfalen macht Tempo auch beim Ausstieg aus der Steinkohle: Knapp 60 Prozent der Leistung von 4.788 Megawatt, die in der ersten Runde stillgelegt wird, entfallen auf Anlagen in Nordrhein-Westfalen. Damit gingen hierzulande bereits am 1. Januar 2021 Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt knapp 2,8 Gigawatt aus dem Markt.

Mittel für Klimaschutz und Energiewende (in Mio. EUR)



Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird ambitioniert vorangetrieben: Nordrhein-Westfalen belegt Spitzenplätze

Parallel zum Ausstieg aus der Kohleverstromung muss auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien als zentrale Säule eines perspektivisch klimaneutralen Energiesystems vorangetrieben werden. Das betrifft Nordrhein-Westfalen als dicht besiedeltes Industrie- und Energieland in besonderer Weise. Hierzu hat sich Nordrhein-Westfalen mit der Energieversorgungsstrategie ambitionierte Ziele gesetzt: [Bis 2030 strebt die Landesregierung eine Verdopplung der installierten Leistung der Erneuerbaren Energien an](#). Gegenüber Anfang 2018 steigt diese auf 10,5 Gigawatt Wind und 11,5 Gigawatt Photovoltaik. Nordrhein-Westfalen belegt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im deutschlandweiten Vergleich Spitzenplätze. Trotz nicht optimaler Standortvoraussetzungen und sehr

dichter Besiedlung nimmt unser Bundesland beim Ausbau der Windenergie an Land mit einem Nettozubau von rund 280 Megawatt im Jahr 2020 Platz 1 ein. Im Bereich Photovoltaik liegt Nordrhein-Westfalen mit einem Zubau von circa 580 Megawatt im vergangenen Jahr im Bundesländervergleich auf Rang 3, nur knapp hinter dem sonnerigeren Baden-Württemberg. Damit übertrifft das Land zum fünften Mal in Folge den PV-Zubau des Vorjahres deutlich. Bei der installierten Leistung insgesamt liegt Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich in Bezug auf die Windenergie auf Platz 4, im Bereich der Photovoltaik auf Platz 3. Und auch in Zukunft wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen.

Nordrhein-Westfalen treibt Aufbau der Wasserstoffwirtschaft voran

Auch in Zukunft ein starkes und erfolgreiches Industrieland zu bleiben und gleichzeitig die industriellen Prozesse sukzessive klimaneutral zu gestalten, ist das erklärte Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Wasserstoff bietet dazu große Chancen und Möglichkeiten. Die [Landesregierung beschleunigt daher den Aufbau einer zukunftsweisenden Wasserstoffwirtschaft](#): Bis 2025 sollen u.a. erste Großanlagen in Betrieb gehen, die ersten gut 100 Kilometer eines Pipeline-Netzes und ein Wasserstoffspeicher installiert und 400 Brennstoffzellen-Lkw unterwegs sein. [Bis 2030 soll das klimaneutrale Gas bereits eine wesentliche Rolle in der Industrie und im Verkehrssektor spielen](#). Mit der Wasserstoff-Roadmap hat die Landesregierung einen klaren Fahrplan vorgestellt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Im Rahmen der Initiative IN4climate.NRW wurden zahlreiche Projekte bereits auf den Weg gebracht, u.a. „Wasserstoff statt Kohlenstoff by thyssenkrupp Steel“ – hier wird an einem Hochofen Kohlenstaub durch Wasserstoff ersetzt. Nordrhein-Westfalen verfolgt das ehrgeizige Ziel, Wasserstoffstandort Nummer 1 in Europa zu werden – in der Technologie und der Erzeugung ebenso wie in der industriellen Anwendung. Mit den Niederlanden wurden bereits Anfang 2020 vertiefte Kooperationen im Bereich der Wasserstoffwirtschaft vereinbart. Ziel ist, Potenziale von grünem Wasserstoff zu nutzen und den Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur grenzüberschreitend voranzutreiben.

Im Bundeswettbewerb um die Ansiedlung eines deutschen Innovations- und Technologiezentrums Wasserstofftechnologie (ITZ) hat es das Zentrum für BrennstoffzellenTechnik ZBT in Duisburg mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen in die letzte und entscheidende Auswahlrunde geschafft. Wenn Duisburg den Zuschlag erhält, wird dort mit Bundesmitteln in dreistelliger Millionenhöhe ein wissenschaftlicher Leuchtturm entstehen, an dem das ganze Spektrum der Wasserstofftechnologie von Innovationsentwicklung, Wissensvermittlung, Testung und Prüfung brennstoffzellenbasierter Antriebssysteme für den Straßen-, Schienen-, Wasser- und Flugverkehr sowie Aus- und Weiterbildung insbesondere für Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen abgedeckt wird. Es gibt Hinweise darauf, dass der Bund eine komplementär Lösung anstrebt. [Die Landesregierung wird die Zentrumsentwicklung bis 2025 mit bis zu 50 Millionen Euro unterstützen](#). Im Rahmen des Wasserstoff-IPCEI (Important Project of Common European Interest) werden zentrale Projekte für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und für den Markthochlauf der Wasserstofftechnologien nach Nordrhein-Westfalen kommen. [Sowohl der Bund als auch das Land Nordrhein-Westfalen werden hier Fördermittel in Höhe von etwa 1,7 Milliarden Euro einsetzen](#) und somit dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Nordrhein-Westfalen noch einmal richtig Schwung verleihen.

Nordrhein-Westfalen geht beim Thema Klimaanpassung voran

Klar ist aber auch, dass der Klimawandel erhebliche Veränderungen mit sich bringen und unser Land immer wieder vor große Herausforderungen stellen wird. Die heißen und trockenen Sommer in den vergangenen drei Jahren haben deutlich gemacht, dass der Klimawandel längst in Nordrhein-Westfalen angekommen ist. Unwetter, Starkregen, Hitzewellen, Dürrephasen, Ernteauffälle und Waldschäden sind die bereits spürbaren Folgen. Neben Klimaschutz ist daher auch die Klimaanpassung von großer Wichtigkeit. [Die Landesregierung hat vor diesem Hintergrund Ende 2020 das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz auf den Weg gebracht.](#) Ziel ist es, die Klimafolgenanpassung zu einem festen Bestandteil für die öffentliche Verwaltung werden zu lassen. Gerade auf kommunaler Ebene soll bei allen politischen Entscheidungen und Planungsvorhaben künftig ein Klimaanpassungscheck dafür sorgen, dass die Auswirkungen des Klimawandels stets berücksichtigt werden. Hierbei werden die Kommunen vom Land unterstützt. Das Gesetz soll zur Leitschnur werden, das Land in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten.

Eine wichtige Maßnahme der Klimaanpassung, die zugleich auch bedeutsam für den Erhalt der Biodiversität ist, ist die Förderung der sogenannten Grünen und Blauen Infrastruktur: Im Rahmen der Ruhr-Konferenz wurden bis Ende 2020 mehr als 70 geförderte Projekte umgesetzt. Mit dem Förderaufruf „Grüne Infrastruktur“ aus den Mitteln des Konjunkturpakets werden bis Mitte 2021 gut 60 Maßnahmen mit bis zu 100 Prozent finanziert. Bis 2030 investieren das Land Nordrhein-Westfalen und die Wasserverbände 250 Millionen Euro, um die Lebensqualität und Attraktivität der Städte zu erhalten und Schäden zu vermeiden. Mit dem Sonderprogramm „Klimaresilienz in Kommunen“ unterstützt das Land mit insgesamt 12 Millionen Euro Städte sowie Haus- und Gebäudebesitzer im Kampf gegen Hitze.

07 VERKEHR UND MOBILITÄT

Fast 600 Millionen Euro zusätzliche Bundesmittel für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen für Nordrhein-Westfalen

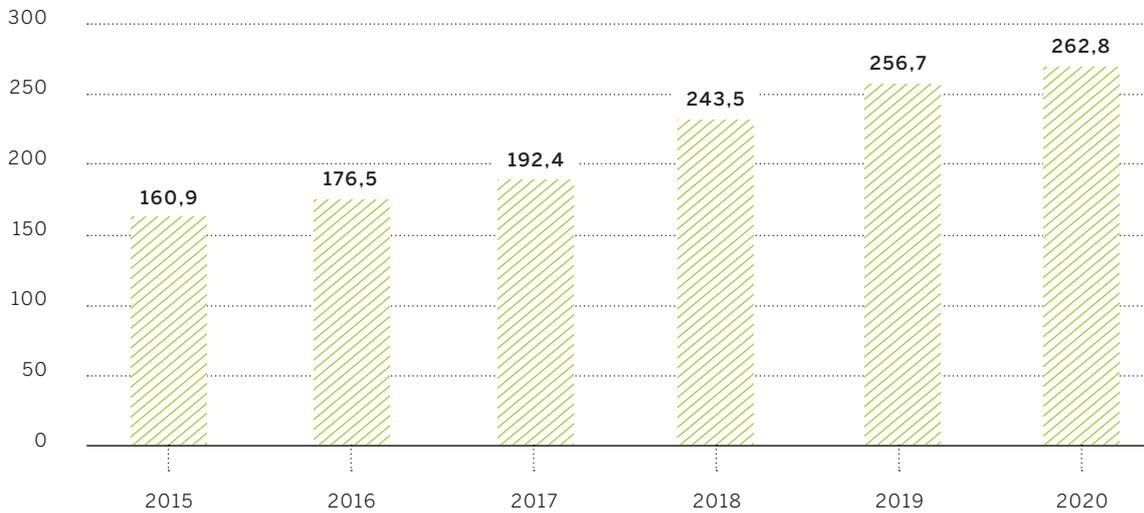
Nachdem die Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben viele Jahre lang nur schleppend vorankamen, hat die Landesregierung nach Amtsübernahme mit Nachdruck einen Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf in Gang gesetzt. In diesem Rahmen wurden unter anderem zahlreiche zusätzliche Planer, Techniker und Ingenieure eingestellt. **So ist es gelungen, zwischen 2017 und 2020 zusätzliche Bundesmittel in Höhe von fast 600 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen zu holen.**

Mit Wirkung vom 01.01.2021 ist die Zuständigkeit für die Bundesautobahnen vom Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen an die Autobahn GmbH des Bundes übergegangen. Landesregierung und Landesbetrieb haben diese Transformation bestmöglich unterstützt und so die Voraussetzungen geschaffen, dass Planung, Bau und Betrieb von Autobahnen auch in der Zukunft erfolgreich fortgeführt werden können.

Investitionen in Landes- und Bundesfernstraßen (in Mrd. EUR)



Investitionen in Landesstraßen (in Mio. EUR)



Nordrhein-Westfalen muss wieder Bahnland werden

Aus Überzeugung, dass Nordrhein-Westfalen wieder Bahnland werden muss, investiert die Landesregierung erhebliche Mittel in die Schienenwege des Landes und hat eine ÖPNV-Offensive gestartet. **Das Ziel ist, mehr Güter auf die Schiene zu bringen und das ÖPNV-Angebot in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum spürbar zu verbessern.** Zur ÖPNV-Offensive gehört ein Systemupgrade der Stadt- und Straßenbahnen, für das bis 2031 eine Milliarde Euro bereitgestellt wird, Investitionen in ein besseres regionales Schienennetz und attraktivere ÖPNV-Angebote sowie die Modernisierung von Bahnhöfen.



Mittel für ÖPNV/SPNV (Soll-Werte, in Mrd. EUR)



Nordrhein-Westfalen bekommt erstes Fahrradgesetz

103 Millionen €
für den Radverkehr

Im Jahr 2022 bekommt Nordrhein-Westfalen sein erstes eigenes Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz – als erstes Flächenland in Deutschland. **Damit unterstreicht die Landesregierung ihren Ehrgeiz, den Radverkehr und andere Formen der Nahmobilität systematisch zu verbessern.** Mit Bundesmitteln stehen für Nordrhein-Westfalen 103 Millionen Euro für den Radverkehr zur Verfügung: So viel wie nie zuvor.

Landesregierung bereitet Nordrhein-Westfalen auf Mobilität der Zukunft vor

Menschen haben heute andere Mobilitätsbedürfnisse und steigende Ansprüche an Mobilität. Der Übergang vom einen auf das nächste Verkehrsmittel sollte möglichst reibungslos verlaufen. Dazu müssen unterschiedliche Verkehrsmittel digital optimal miteinander vernetzt sein. **Die Landesregierung stellt seit 2018 erstmals eigene Mittel für die so genannte Mobilität 4.0 bereit.** Inzwischen treibt eine eigene Fachabteilung im Verkehrsministerium die Digitalisierung und Vernetzung der Mobilität voran. Beim automatisierten und autonomen Fahren wird inzwischen in Nordrhein-Westfalen die gesamte Innovationskette abgebildet: Simulation, Tests auf Teststrecken und im realen Verkehr, z. B. durch automatisierte Pkw im Testbetrieb auf Straßen in Düsseldorf und durch Deutsch-

lands ersten autonom fahrenden Linienbetrieb aus fünf elektrisch betriebenen Bussen in der Stadt Monheim. **Eine Million Euro stellt das Land für die Entwicklung der automatisierten Binnenschifffahrt zur Verfügung. 2,5 Millionen Euro sind für den autonom fahrenden Zug „Brain Train“ vorgesehen.** Für die Erforschung des Flugverkehrs der Zukunft konnten das bayerische Unternehmen Lilium und die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn für die deutschlandweit erste Kooperation einer Region für Tests mit Flugtaxen gewonnen werden. Mit dem vom Land maßgeblich geförderten Um- und Ausbau des Flugplatzes Aachen-Merzbrück wird die Erforschung des Silent Air Taxis und damit sauberes und leises Fliegen ermöglicht.

Zahl zugelassener E-Autos innerhalb eines Jahres verdoppelt

Spitzenreiter in der Elektromobilität zu werden, ist erklärtes Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Dazu hat der Ministerpräsident eigens einen **Expertenrat** einberufen, mit dem er sich regelmäßig austauscht. Und dazu hat die Landesregierung umfassende Anstrengungen unternommen – etwa die Förderung von Ladesäulen und Wall-Boxen. Mit etwa **64.000 zugelassenen reinen E-Autos** und nochmal ca. **63.000 Plug-in-Hybriden** bis Ende 2020 hat sich die Zahl der Fahrzeuge im Vergleich zum Vorjahr nahezu **verdreifacht**. Damit entwickelte sich der Markt in Nordrhein-Westfalen dynamischer als im Bundesdurchschnitt. Jeder zehnte Pkw, der hierzulande neu zugelassen wird, ist mittlerweile ein reines batterieelektrisches Fahrzeug. Nordrhein-Westfalen ist sowohl bei den Neuzulassungen im Zeitraum Januar bis Dezember 2020

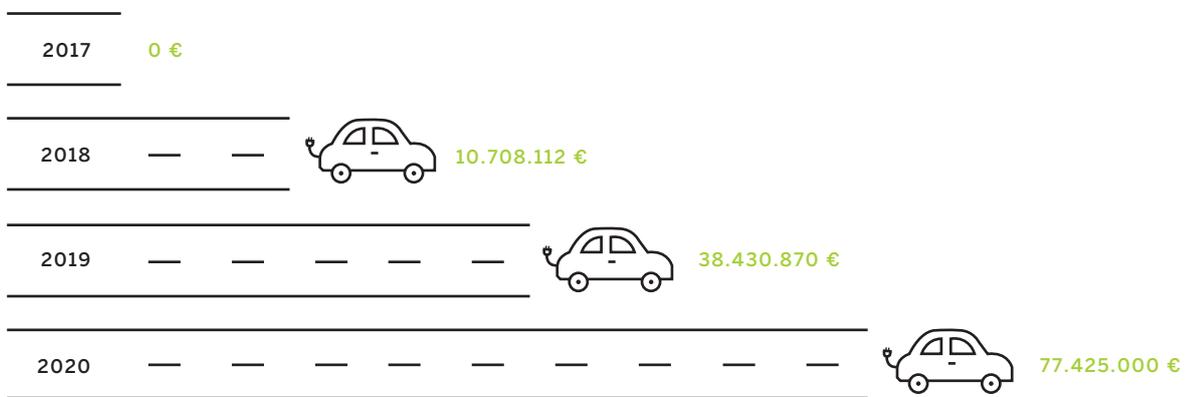
als auch beim Bestand rein batteriebetriebener Elektrofahrzeuge in absoluten Zahlen bis Ende 2020 führendes deutsches Bundesland. Das Rekordwachstum ist auch ein Erfolg der Landesförderung, die neben dem Bundesumweltbonus attraktive Anreize für einen Umstieg auf klimafreundlichere Mobilität setzt. Zudem unterstützt die Landesregierung den Ausbau nachhaltiger Antriebe im Öffentlichen Personennahverkehr. Bis zum 31. Dezember 2020 hat das Verkehrsministerium insgesamt rund 82 Millionen Euro für 231 Elektro- und Wasserstoffbusse sowie für Lade- und Werkstattinfrastruktur bereitgestellt. Von den bundesweit 647 rein elektrisch betriebenen Bussen werden mit 177 die meisten in Nordrhein-Westfalen eingesetzt, vor Berlin mit 137 und Baden-Württemberg mit 76 Fahrzeugen.

Zahl der E-Ladepunkte verdreifacht

Grundvoraussetzung für die Ausweitung der E-Mobilität ist eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Die Landesregierung fördert daher den Ausbau von öffentlichen und halböffentlichen ebenso wie von privaten Ladepunkten. Innerhalb von vier Jahren konnte so die Zahl der öffentlich

und halb-öffentlich zugänglichen **Ladepunkte von knapp 4.000 auf mehr als 9.000** mehr als verdoppelt werden. Im privaten und betrieblichen Bereich wurden **bis Ende 2020 sogar ca. 38.000 Ladepunkte** gefördert.

Fördermittel E-Mobilität



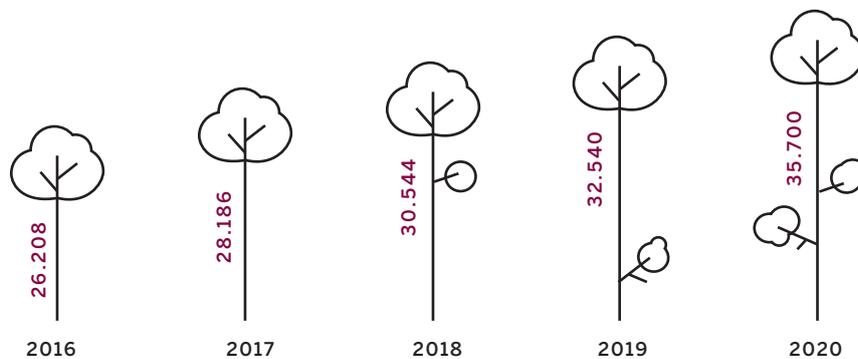
08 LANDWIRTSCHAFT, UMWELT-, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Nordrhein-Westfalen startet mit neuer Strategie in ein Jahrzehnt der Nachhaltigkeit

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat im September 2020 eine aktualisierte und um wichtige Zukunftsthemen ergänzte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Mit vielfältigen Zielen und Maßnahmen leistet Nordrhein-Westfalen konkrete Beiträge zur Bewahrung der Schöpfung und für ein nachhaltiges Wirtschaften und

setzt sich für eine Zukunft ein, in der Ökologie und Ökonomie verantwortungsvoll vereinbar sind. Damit zeigt Nordrhein-Westfalen wie Nachhaltigkeit bei uns, in einem hoch entwickelten und dicht besiedelten Industrieland im Herzen Europas, gelingen kann und ist Vorreiterland.

Nettoförderfläche für Vertragsnaturschutz (in ha)



Um Landwirtschaft und Umwelt zusammenzubringen, baut die Landesregierung als einen Schwerpunkt den Vertragsnaturschutz weiter aus. Im Vergleich zu 2017 konnte die Nettoförderfläche im Vertragsnaturschutz bis 2020 um rund 27 Prozent erhöht werden. Im Jahr 2016 erhielten 4.268 Betriebe Förderungen für Vertragsnaturschutzmaßnahmen auf gut 26.200 ha. Im Jahr 2020 waren es 5.760 Betriebe für eine Fläche von ca. 35.700 ha. Insgesamt erhielten 2020 rund 11.500 Betriebe knapp 60 Millionen Euro Fördergelder für Agrarumweltmaßnahmen (2016: 7.700 Betriebe, 23 Millionen Euro). Mit diesen Mitteln führten unsere Landwirtinnen und Landwirte auf

über 295.000 Hektar Maßnahmen für den Schutz von Natur und Umwelt durch (2016: 137.000 ha). Positiv ist auch die Entwicklung beim Ökolandbau. Im Jahr 2015 erhielten etwa 1.331 Betriebe eine Förderung für etwa 49.511 Hektar, 2020 waren es 1.833 Betriebe und 68.900 ha (plus 39 Prozent). Darüber hinaus hat das Land einen neuen Wettbewerb „Öko-Modellregionen“ ausgeschrieben. Die Leitbetriebe Biodiversität (40 an der Zahl) und die Biodiversitätsberatung werden verstetigt und ausgebaut. Auch sie dienen der Förderung der Akzeptanz und Umsetzung von Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen.

Verbesserungen im Tierschutz

Die Landesregierung hat wichtige Maßnahmen für den Tierschutz eingeleitet: Gemeinsam mit allen Beteiligten hat die Landesregierung eine **Nutztierhaltungsstrategie** erarbeitet, lässt **Demonstrationsställe für zukunftsweisende Haltungskonzepte in der Schweinemast** errichten und hat mittels einer Bundesratsinitiative eine **Videoüberwachung in Schlachtbetrieben** angeregt, **klare Regeln für Tiertransporte** erlassen und eine **Tiergesundheits-Datenbank** vorbereitet. Im vergangenen Jahr wurde zudem erstmals eine **Tierschutzbeauftragte** ernannt, die als Vermittlerin zwischen Landwirtschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Überwachungsbehörden fungiert.

Wälder als Klimaschützer stärken

Wichtige Klimaschützer sind unsere Wälder. Durch die heißen und trockenen Sommer der vergangenen drei Jahre und den dadurch begünstigten Befall großer Waldflächen mit Borkenkäfern haben die Wälder in Nordrhein-Westfalen schwer gelitten. Die Landesregierung unterstützt die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer daher bei ihren Bemühungen, Wälder von Schadholz zu befreien und neu aufzuforsten.

Dazu stellt sie 100 Millionen Euro an Landesmitteln innerhalb von zehn Jahren zur Verfügung. In den Jahren 2020 und 2021 werden für die Waldförderung insgesamt (unter anderem aus dem Konjunkturpaket des Landes und der Förderrichtlinie Extremwetterfolgen) **132 Millionen Euro** bereitgestellt.

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben für Wiederaufforstung und Waldförderung	–	5,4 Mio. EUR	16,6 Mio. EUR	57 Mio. EUR	75 Mio EUR

Qualität von Luft, Wasser und Boden in Nordrhein-Westfalen verbessert sich

Die Landesregierung setzt die Rahmenbedingungen für eine gesicherte Wasserversorgung und eine umwelt- und ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft. Sie stärkt den Hochwasserschutz und die Grüne Infrastruktur, um für mögliche Folgen des Klimawandels gewappnet zu sein. Für einen nachhaltigen Schutz der Oberflächengewässer fördert sie die Renaturierung von Gewässern.

Saubere Luft ist eine wesentliche Voraussetzung für die menschliche Gesundheit. Für eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität hat das Land aufeinander ab-

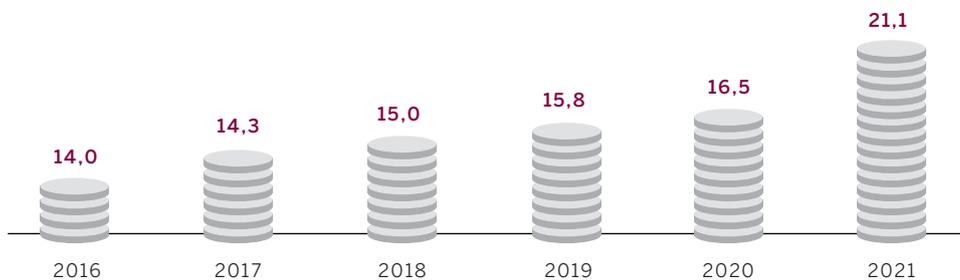
gestimmte technische, rechtliche und organisatorische Maßnahmen auf den Weg gebracht, unter anderem in Luftreinhalteplänen. **Erstmals konnten im Jahr 2020 in ganz Nordrhein-Westfalen alle Luftqualitätsgrenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit eingehalten werden.** Das umfasst auch den Luftschadstoff Stickstoffdioxid. Damit ist es erfolgreich gelungen, Fahrverbote in allen nordrhein-westfälischen Städten zu vermeiden.

Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen wird deutlich gestärkt

Bis 2025 erhält die Verbraucherzentrale **110 Millionen €** vom Land.

Die Landesregierung setzt nicht nur auf die Kontrolle von Produkten, sondern auch auf die Stärkung der Verbraucherrechte. 2021 werden die Verbraucherzentrale und ihre lokalen Beratungsstellen mit einer institutionellen Förderung von über 21 Millionen Euro unterstützt, das sind 50 Prozent mehr als vor dem Regierungswechsel. **Bis 2025 erhält die Verbraucherzentrale 110 Millionen Euro vom Land.** Mit dieser Zusage sichert und stärkt die Landesregierung die wichtige Beratungsarbeit der Verbraucherzentrale, die in Krisenzeiten für viele Verbraucherinnen und Verbraucher noch wichtiger geworden ist. **Kein anderes Bundesland unterstützt den Verbraucherschutz finanziell so stark wie Nordrhein-Westfalen.** Mit der Finanzierungszusage sollen die örtlichen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale, aber auch die digitalen Angebote für die Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und ausgebaut werden. Der Bedeutung des Zukunftsthemas Klima und Energie wird durch die dauerhafte Verstetigung der örtlichen Energieberatungsstellen der Verbraucherzentrale Rechnung getragen.

Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale (in Mio. EUR)



09 ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES

Landarztquote eingeführt und neue Medizinische Fakultät errichtet

175 Studienplätze

im Jahr für
angehende Landärzte

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung – in allen Teilen des Landes – gehört zu den zentralen Anliegen der Landesregierung. Deshalb gehen wir gegen den Ärztemangel im ländlichen Raum vor und vergeben mit der Landarztquote 175 Studienplätze im Jahr an besonders hausärztlich Interessierte.

Zusätzlich haben wir **in Bielefeld eine neue Medizinische Fakultät aufgebaut**, an der zum Wintersemester 2021/22 die ersten Studierenden ihr Studium aufnehmen werden. Es entstehen ca. 300 neue Medizin-Studienplätze. Zum ersten Studienstart im Wintersemester 2021 wird die jährliche Landesförderung bereits 45 Millionen Euro betragen. Durch die Kooperation mit verschiedenen Krankenhäusern und Arztpraxen sowie durch die Schwerpunktsetzung auf Allgemeinmedizin wird auch die Gesundheitsversorgung in Ostwestfalen-Lippe und darüber hinaus davon profitieren.

Pflegekammer sorgt für bessere berufsständische Vertretung

Das Land unterstützt die
Aufbauarbeiten mit insgesamt
5 Millionen €

Während der Corona-Pandemie wurde noch einmal sehr deutlich, welche bedeutende Rolle die 200.000 Pflegefachkräfte in Nordrhein-Westfalen für die Versorgung unserer Bevölkerung spielen. Die Landesregierung stärkt die berufsständische Vertretung der Pflegekräfte durch das 2020 verabschiedete Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer. Die erste Kammerversammlung wird im März 2022 stattfinden. Das Land unterstützt die Aufbauarbeiten mit insgesamt 5 Millionen Euro, um einen schuldenfreien Start der Pflegekammer zu ermöglichen.

Schulgeldfreiheit in Gesundheitsfachberufen eingeführt

Eine sehr gute medizinische Versorgung braucht nicht nur Ärztinnen und Ärzte, sondern auch Fachkräfte der Gesundheitsfachberufe. Die Landesregierung will die Ausbildung in diesen Berufen daher attraktiver machen.

Das Land übernimmt deshalb seit dem 1. Januar 2021 das

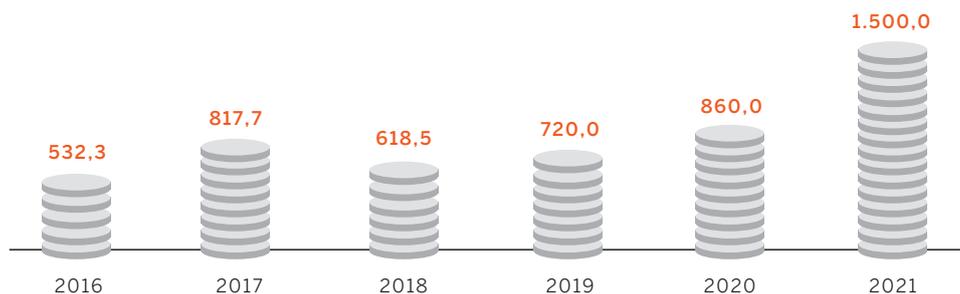
Schulgeld für Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende in der Ergotherapie, Logopädie, den Berufen der Physiotherapie, Podologie, Pharmazeutisch-Technischen Assistenz und Medizinisch-Technischen Assistenz.

Krankenhäuser mit Rekord-Investitionen gefördert

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig gute und leistungsfähige Krankenhäuser sind. Deshalb setzt das Land auf eine gezielte finanzielle Unterstützung des Krankenhaussektors. Mit der Pauschal- und Einzelförderung geht das Land aktiv gegen die Unterfinanzierung der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen vor. So wurden die Mittel für die Einzelförderung von Investitionen in Höhe von 66 Millionen Euro im Jahr 2019 auf jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 erhöht. Für die Pauschalförderung stehen den Krankenhäusern im Jahr 2021 insgesamt 564 Millionen Euro zur

Verfügung, die beispielsweise in bauliche Maßnahmen und in die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter investiert werden können. Das Land stellt zudem einen Ko-Finanzierungsanteil in Höhe von 270 Millionen Euro für den Krankenhauszukunftsfonds bereit. Zusammen mit den Bundesmitteln aus dem Krankenhauszukunftsfonds stehen den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen damit Fördermittel in Höhe von knapp 900 Millionen Euro für notwendige Investitionen, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und IT- und Cybersicherheit, zur Verfügung.

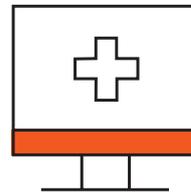
Investitionen in Krankenhäuser (Soll-Werte, in Mio. EUR)



Deutschlandweit erstes Virtuelles Krankenhaus ist gestartet

Im Frühjahr 2020 wurde die Vorstufe des Virtuellen Krankenhauses Nordrhein-Westfalen zur Behandlung von schwer an COVID-19 Erkrankten gestartet. Innerhalb der ersten Monate wurden bereits **mehr als 2.800 Telekonsile**, also medizinische Beratungen von Ärzten durch erfahrene Fachärzte, durchgeführt. **Mehr als 400 Patientinnen und Patienten konnten so von der intensivmedizinischen und infektiologischen Expertise der Universitätskliniken Aachen und Münster profitieren. Aktuell nehmen 39 Krankenhäuser** die telekonsiliarische Beratung regelmäßig in Anspruch. Mit dem Virtuellen Krankenhaus etabliert das Land Nordrhein-Westfalen derzeit ein sektorenübergreifendes telemedizinisches Netzwerk, das in absehbarer Zeit ein fester Bestandteil der Regelversorgung werden soll. Damit wird ein zentraler Baustein für die medizinische Versorgung geschaffen, mit dem fachärztliche Expertise, die ansonsten nur an spezialisierten Kliniken

oder medizinischen Expertenzentren vorgehalten werden kann, digital im gesamten Land verfügbar gemacht wird. Sukzessive werden im Rahmen des Virtuellen Krankenhauses weitere Krankheitsbilder behandelt beziehungsweise Fachdisziplinen hinzukommen: Seltene Erkrankungen, Lebertumore, therapierefraktäre Herzinsuffizienz, Infektiologie und Intensivmedizin.



Arbeitsschutz und Beratungsangebote gegen Arbeitsausbeutung gestärkt

In der Corona-Pandemie ist erneut deutlich geworden, dass es weiterhin das Problem der Arbeitsausbeutung in unserem Land gibt – nicht nur in Schlachtbetrieben. Die Landesregierung fördert seit Anfang 2021 die „Beratungsstellen Arbeit“, die Beschäftigten schnelle, ortsnahe und gut verständliche Hilfe geben, möglichst in der Muttersprache. Sie führen gleichzeitig die Arbeit der bisherigen Erwerbslosenberatungsstellen fort. Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen finden hier Rat zu Qualifizierung und Beschäftigung sowie Unterstützung bei wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Fragen.

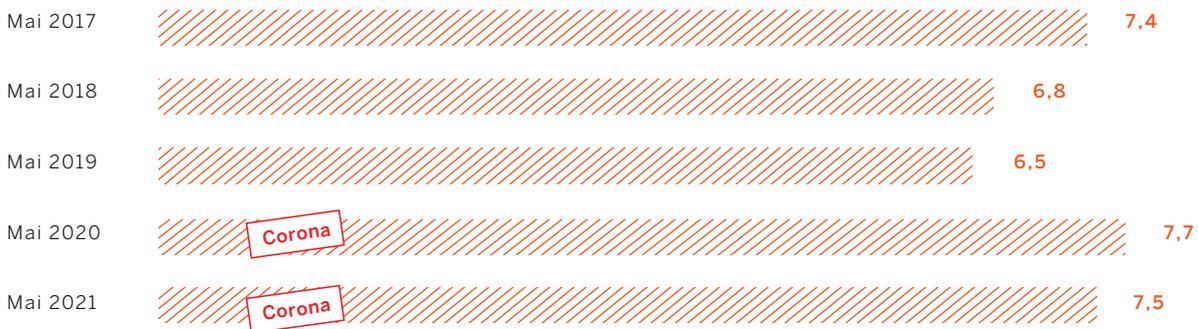
Die intensiven Überprüfungen in der Fleischwirtschaft haben gezeigt, dass **ein konsequenter Arbeitsschutz heute wichtiger denn je ist, um prekären Arbeitssituationen entgegenzuwirken**. Die Landesregierung wird die staatliche Arbeitsschutzverwaltung daher dazu in die Lage versetzen, Problemschwerpunkte durch landesweite Überprüfungsaktionen aufzugreifen. Klar ist: Dies kann nur mit mehr Personal gelingen. **Daher soll bis zum Jahr 2022 die Arbeitsschutzverwaltung um 100 Planstellen und im Hinblick auf eine angemessene Verwaltungsunterstützung um 15 Stellen der allgemeinen inneren Verwaltung verstärkt werden.**

Arbeit und Beschäftigung gefördert

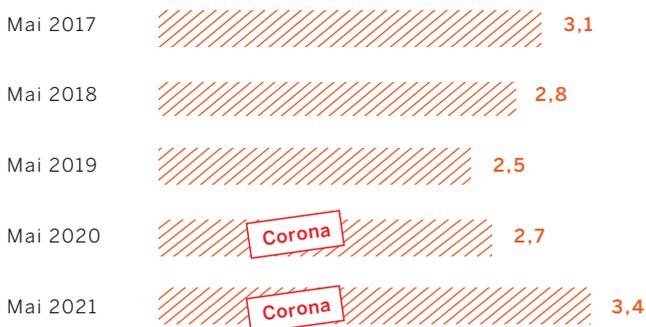
Jeder fünfte in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitet in Nordrhein-Westfalen – das sind 7.080.090 Menschen (März 2021). Auch dank der Arbeits- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen: mit **6,5 Prozent im Mai 2019 auf die niedrigste Arbeitslosenquote in unserem Land seit mehr als einem**

Vierteljahrhundert. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit konnte im Zusammenwirken mit den Arbeitsmarktpartnern kontinuierlich gesenkt werden. Erst die Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung haben diese positive Entwicklung gebremst und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt.

Arbeitslosigkeit in NRW (Anteil an zivilen Erwerbspersonen in %)



Langzeitarbeitslosigkeit in NRW (Anteil an zivilen Erwerbspersonen in %)



Ausbildungsmarkt in den Regionen gestärkt

Eine berufliche Ausbildung ist zugleich der Schlüssel für eine selbständige Lebensführung junger Menschen wie auch wesentlicher Faktor für die Fachkräftegewinnung und -sicherung von Betrieben und Branchen. In Städten und Kreisen mit den größten Versorgungsproblemen für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt konzentriert die Landesregierung die Instrumente zur Förderung der Ausbildung. Mit dem neuen Coaching- und Vermittlungsangebot „Kurs auf Ausbildung“ verfolgt die Landesregierung das Ziel, in den Regionen, in denen die Ausbildungsplatzsuche – auch durch Corona – erschwert ist, unversorgte junge Menschen zu begleiten und in betrieb-

liche Ausbildung zu vermitteln. Mit einem individuellen Coaching werden bis zu 1.000 ausbildungsinteressierte junge Menschen dabei unterstützt, einen Ausbildungsplatz zu finden. Vorrang hat die Vermittlung in betriebliche Ausbildungsverhältnisse. In den Fällen, in denen keine betriebliche Ausbildung gefunden werden kann, bietet das Land mit der Förderung einer trägergestützten Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr für bis zu 300 Ausbildungssuchende eine alternative zusätzliche Anschlussmöglichkeit.

10 INNERE SICHERHEIT

12.420 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter seit 2017

Die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen spürbar zu verbessern, ist eines der zentralen Ziele der Nordrhein-Westfalen-Koalition. Dazu verfolgt die Landesregierung eine **Null-Toleranz-Strategie** gegenüber jeder Form von Kriminalität. Damit die Polizei Recht auch konsequent durchsetzen kann, wurde und wird sie personell deutlich gestärkt. Im Jahr 2019 wurden 2.500 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. In den folgenden Jahren wurde diese Zahl nochmals auf jährlich 2.660 erhöht. Im Vergleich zur Vorgängerregierung (2012-2016) hat die Nordrhein-Westfalen-Koalition (2017-2021) mehr als 4.200 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zusätzlich eingestellt. **Ab dem Sommer 2021 können sich auch wieder Bewerberinnen und Bewerber**

mit einem mittleren Schulabschluss für den Polizeivollzugsdienst bewerben. Neben der Fachhochschulreife erwerben die Schülerinnen und Schüler in dem zweijährigen Bildungsgang polizeispezifische Kenntnisse. Gleichzeitig sichern sie sich eine vorbehaltliche Einstellungszusage für die Polizei Nordrhein-Westfalen und damit für das anschließende Bachelorstudium an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung.

Zu den Polizistinnen und Polizisten kommen seit 2018 jährlich 500 Polizeiverwaltungsassistenten, die für Entlastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von Verwaltungstätigkeiten sorgen.

Neue Kommissaranwärter/innen (Einstellungsgermächtigungen)



Mehr Befugnisse und bessere Ausstattung für die Polizei

Auch technisch bringt die Landesregierung die Polizei auf den neuesten Stand. Dazu gehört die Anschaffung von ballistischen Schutzhelmen, Schutzwesten mit Plattenträgern, die landesweite Einführung der Bodycams und die Beschaffung neuer, optimierter Streifenwagen. Inzwischen hat die Polizei einen überfälligen Schritt in das digitale Zeitalter getan. Mit dem Einsatz von ca. 35.000 Smartphones wird in den operativen Bereichen der Polizei Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Ausstattung erreicht und mit der sukzessiven Einführung polizeilicher Apps die Polizeiarbeit mobil. Wichtige Informationen stehen den Einsatzkräften unmittelbar am Einsatzort zur Verfügung, ein eigener Messenger ermöglicht den Austausch von Bildern, Textnachrichten u.a.m. und ergänzt den etablierten Digitalfunk. Mit dem Einsatz von Drohnen wird beispielsweise die Suche nach Vermissten vereinfacht. Und seit Anfang 2021 läuft eine Pilotierung zum Einsatz von Tasern [Distanzelektroimpulsgeräten] in fünf Kreispolizeibehörden. Nach der einjährigen Erprobungsphase erfolgt Anfang 2022 die Auswertung und Entscheidung über den weiteren Einsatz.

Um die Polizistinnen und Polizisten bestmöglich auszustatten, hat die Landesregierung den Sachhaushalt der Polizei im Vergleich zu 2016 um mehr als 40 Prozent auf 549 Millionen Euro im Jahr 2021 angehoben. Bei den polizeilichen Liegenschaften hatte die frühere Landesregierung einen Investitionsstau in Höhe von ca. einer Milliarde Euro hinterlassen. Auch mit dieser völlig verfehlten Politik

zulasten der Polizei hat die Landesregierung Schluss gemacht. Der Landtag hat seit 2018 ca. 1,3 Milliarden Euro zur Finanzierung langfristiger Mietverträge, insbesondere für die Liegenschaften der Polizei, bereitgestellt. Damit konnten rund 80 neue Immobilienprojekte angestoßen werden, zum Wohle nicht nur effektiver Polizeiarbeit, sondern auch der Polizistinnen und Polizisten.

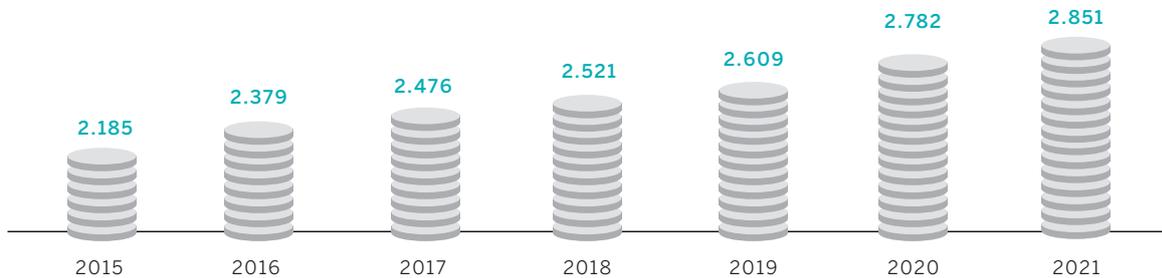
Zugleich wurden die rechtlichen Befugnisse der Polizei erweitert. Mit der Strategischen Fahndung, Videobeobachtung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung sowie Aufenthaltsvorgaben, elektronischen Fußfesseln und längerfristiger Ingewahrsamnahme wird eine effiziente Polizeiarbeit gewährleistet.

Sachhaushalt der Polizei

(in Mio. EUR)



Personalhaushalt der Polizei (in Mio. EUR)



Innenpolitischer Schwerpunkt: Bekämpfung der Clan-Kriminalität

Bei der Bekämpfung der Clan-Kriminalität verfolgt die Landesregierung eine Taktik der 1.000 Nadelstiche. So konnten seit Juni 2018 bislang in über 1.700 Aktionen mehr als 4.300 Objekte kontrolliert werden. Dabei wurden fast 25.000 Verstöße geahndet und über 4.600 Gegenstände, z. B. Waffen, beschlagnahmt. 345 Objekte wurden direkt geschlossen. Die Botschaft ist klar: **Regeln setzt der Staat – und sie gelten für alle**. Zeitgleich setzt die Landesregierung aber auch auf einen **präventiven Ansatz**. In Kooperation mit der Sicherheitskooperation Ruhr

wurde dort auch das Projekt 360° – Integration, Orientierung, Perspektiven – Maßnahmen zur Prävention von Clankriminalität – implementiert. So ergänzen sich Repression und Prävention, Synergien werden genutzt, bestehende Netzwerke gestärkt und optimiert. Menschen aus kriminellen Clanfamilien, die sich deutlich von Kriminalität distanzieren, bekommen Alternativen aufgezeigt. Hier arbeiten verschiedene Ressorts eng zusammen und ergänzen sich. Dieses professionelle, abgestimmte Vorgehen ist bundesweit einzigartig.

Schwerpunkt von Polizei und Justiz: Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

Um den Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie Kinderpornografie zu verbessern, wurden umfangreiche strukturelle, personelle und technische Änderungen vorgenommen. Unter anderem wurde im Innenministerium eigens ein **Referat „Kindesmissbrauch, Besondere Kriminalitätsangelegenheiten“** eingerichtet, die Zahl der Ermittler in diesem Bereich vervielfacht und eine leistungsstarke IT-Infrastruktur mit neuen Analysetools angeschafft. Die Kreispolizeibehörden und das Landeskriminalamt arbeiten in diesem Kriminalitätsbereich in einem **„virtuellen Großraumbüro“** zusammen und können sich so **schneller austauschen und vernetzen**.

Zudem wurde **Künstliche Intelligenz in das Analysetool implementiert, die die Erkennung, Sichtung und Auswertung von kinderpornografischem Bildmaterial beschleunigen und so die Ermittlerinnen und Ermittler**

unterstützen soll. Um auch den hohen psychischen Belastungen Rechnung zu tragen, erhalten Ermittlerinnen und Ermittler, die im Bereich der Aus- und Bewertung von Kinderpornografie tätig sind, seit dem 01. Januar 2021 eine **monatliche Erschwerniszulage in Höhe von 300 Euro**; ferner steht ihnen ein umfassendes Fortbildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.

Ein besonderer Fokus auch der Justiz liegt auf der konsequenten Aufdeckung sexueller Missbrauchstaten. Hierzu hat die Landesregierung im Juni 2020 eine **Task Force zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch** und der Verbreitung von Kinderpornografie in digitalen Medien bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen gegründet. Diese widmet sich seither der Nachverfolgung und Aufdeckung der digitalen Spuren im Netz, um möglichst lückenlos Taten zu erkennen, Täter zu identifizieren und diese strafrechtlich zu verfolgen.

Parallel wurden notwendige Gesetzesinitiativen eingeleitet. So hat Nordrhein-Westfalen im Juni 2020 eine Initiative zur Änderung des Sexualstrafrechtes in den Bundesrat eingebracht. Zudem wurde die Fachaufsicht über die Polizeibehörden im Rahmen der Novellierung des Polizeiorrganisationsgesetzes reformiert. Dadurch können sowohl Verbesserungspotenziale als auch Fehlentwicklungen in der Polizeiarbeit frühzeitiger als bisher erkannt werden.



Extremismus und Terrorismus werden entschieden bekämpft

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus zählen neben dem Islamistischen Terrorismus zu den größten Gefahren für die Innere Sicherheit. Ihre Bekämpfung gehört daher ebenfalls zu den Schwerpunkten der Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen. Entsprechend werden Polizei und Verfassungsschutz personell gestärkt und besser ausgestattet. Ziel sind Aufklärung und Früherkennung der rechtsextremistischen Szene, ein erhöhter Kontroll- und Ermittlungsdruck sowie eine verstärkte Prävention.

Der Anschlag von Halle im Jahr 2019 und der Anschlag von Hanau im letzten Jahr haben deutlich gemacht: **Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bedroht, wenn Angriffen gegen Minderheiten nicht entschlossen entgegengetreten wird.** Nicht zuletzt unsere historische Verantwortung verpflichtet uns, gegen jede Art von Extremismus vorzugehen. Das gilt im Besonderen für den Kampf gegen den Antisemitismus. Aber auch die zunehmende Demokratiefeindlichkeit der Corona-Leugner und Querdenker-Szene hat der Verfassungsschutz genau im Blick, um dort frühzeitig extremistische Entwicklungen wahrzunehmen. Dieser Verpflichtung kommt die Landesregierung nach. **Der Verfassungsschutz hat mit 540 Stellen im Jahr 2021 so viele Stellen wie nie zuvor.**

Die Sicherheitsbehörden schauen genau hin, egal um welche Form von Extremismus es sich handelt. Deshalb wurde auch erstmals ein Landeslagebild zur Salafistenszene erstellt, das seit 2018 regelmäßig aktualisiert wird.

Im Landeskriminalamt wurde ein Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum NRW eingerichtet,

um insbesondere die Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus als auch des islamistischen Terrorismus zu intensivieren.

Am besten ist es, wenn Extremismus gar nicht erst entsteht. Darum setzt die Landesregierung besonders auf Präventionsarbeit. Mit dem Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ wird bereits ganz am Anfang einer möglichen Radikalisierung angesetzt – seit 2020 nunmehr flächendeckend in 25 zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Wegweiser-Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist hier der Ausstieg vor dem Einstieg. **Mit den Aussteigerprogrammen „API“ (Islamismus) und „Spurwechsel“ (Rechtsextremismus) werden zwei etablierte und erfolgreiche Aussteigerprogramme fortgeführt.** Mit „Left“ wurde im Jahr 2018 zudem ein Aussteigerprogramm für den Linksextremismus geschaffen. Damit deckt Nordrhein-Westfalen im Bereich der Tertiärprävention nunmehr alle Phänomenbereiche des Extremismus ab. Im Übrigen schaut die Landesregierung auch bei Extremismus in den Reihen des Öffentlichen Dienstes genau hin: Mit Extremismusbeauftragten in allen Polizeibehörden und einer neuen Stabsstelle im Innenministerium werden diejenigen in der Polizei Nordrhein-Westfalen ins Visier genommen, die sich vom gemeinsamen Wertefundament in der Verfassung verabschiedet haben.

Nordrhein-Westfalen führend beim Thema Cybersicherheit

Für die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen Cyberkriminalität wurde 2020 die Koordinierungsstelle Cybersicherheit NRW im Innenministerium eingerichtet. Als Vernetzungszentrale der Landesregierung bündelt sie Informationen, stellt diese auf www.cybersicherheit.nrw online allen Bürgerinnen, Bürgern, Unternehmen und Institutionen zur Verfügung. In ihrer Funktion als zentrale Servicestelle der Landesregierung arbeitet sie mit allen Ressorts zusammen und ist die erste Koordinierungsstelle dieser Art bundesweit. Das Ziel der Koordinierungsstelle ist es, das Schutzniveau der Cybersicherheit im Land zu erhöhen, die nordrhein-westfälischen Institutionen der Cybersicherheit zu koordinieren und Synergieeffekte zu schaffen.

Nordrhein-Westfalen ist einer der bedeutendsten Standorte für IT-Sicherheit in Deutschland. Mehr als 700 Forscherinnen und Forscher verteilt auf 20 Fachhochschulen und Universitäten sowie über 400 IT-Sicherheitsunternehmen in Nordrhein-Westfalen sind hier tätig. Mit Unterstüt-

zung des Landes starten die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die Hochschule Niederrhein die Pilotphase des Projektes „Cyber-Campus Nordrhein-Westfalen“. An den beiden Hochschulen werden seit dem Wintersemester 2020/2021 erstmalig Studiengänge zu den Themen Cybersicherheit, Cyberkriminalität und Digitale Transformation angeboten. Sicherheitslücken, Hackerangriffe und die Ausspähung vertraulicher Daten: Digitale Sicherheit ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg vieler Unternehmen. Um Betriebe bei der Verbesserung ihrer Cybersicherheit zu unterstützen, richtet das Land das Kompetenzzentrum DIGITAL.SICHER.NRW ein: Mit rund drei Millionen Euro für drei Jahre entstehen in Bochum und Bonn zwei Geschäftsstellen, die Informations- und Vernetzungsangebote sowie praxisnahe Anleitungen anbieten. Seit 2017 hat sich die IT-Sicherheitslandschaft in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung der Landesregierung entscheidend weiterentwickelt.

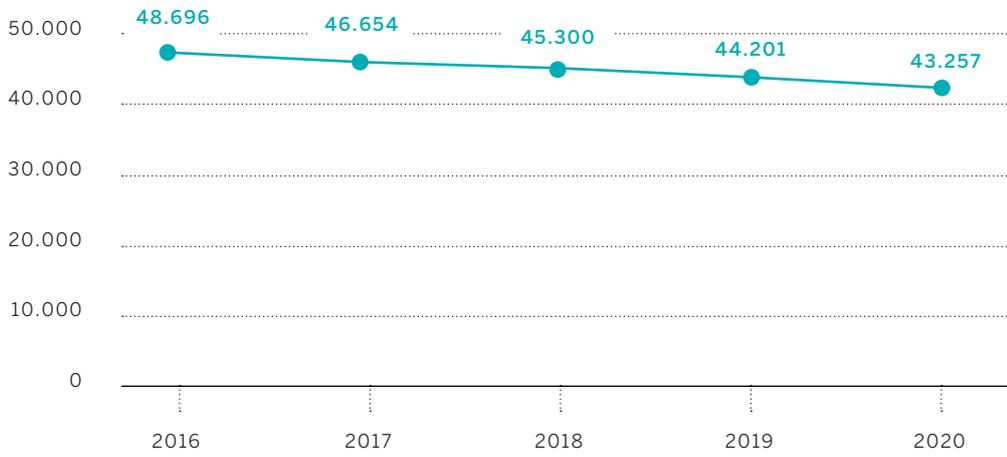
Nordrhein-Westfalen ist heute so sicher wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Die konsequente Politik der Landesregierung hat die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bereits messbar erhöht. **2019 wurden so wenig Straftaten erfasst wie seit 30 Jahren nicht.** Besonders erfreulich ist der weitere deutliche Rückgang der Wohnungseinbrüche. Die kriminalstrategische Schwerpunktsetzung der Polizei hat hier voll gegriffen. In Nordrhein-Westfalen verzahnt die Polizei **sinnvoll und zielführend Repression und Prävention.** So lassen sich Synergieeffekte erzielen, die zu einer Reduzierung von Kriminalität beitragen und das Sicherheitsgefühl steigern.

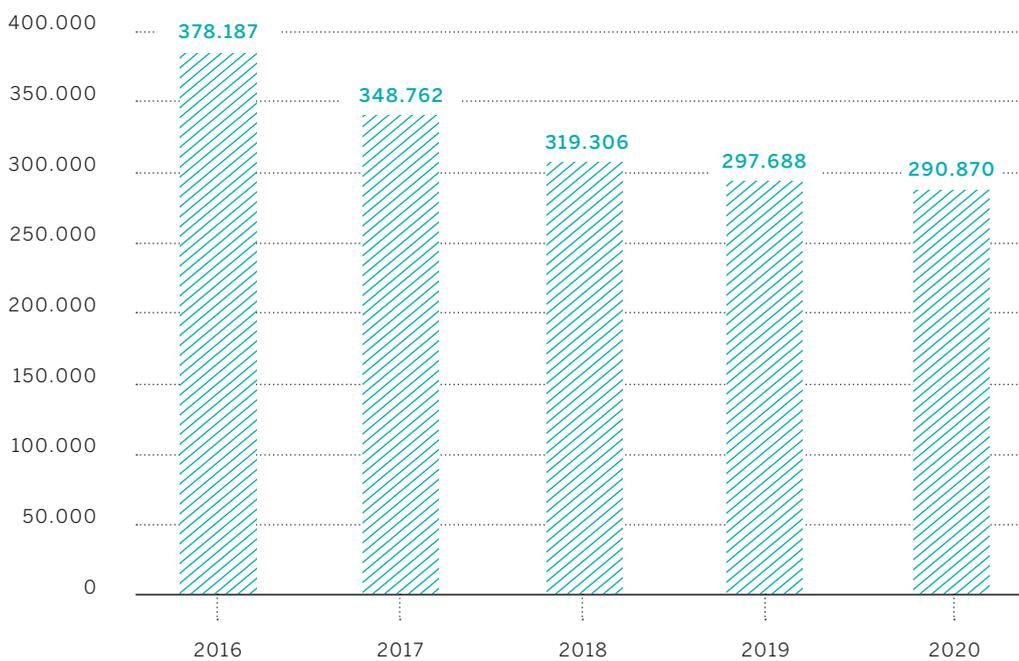
Wohnungseinbrüche (Anzahl Fälle)



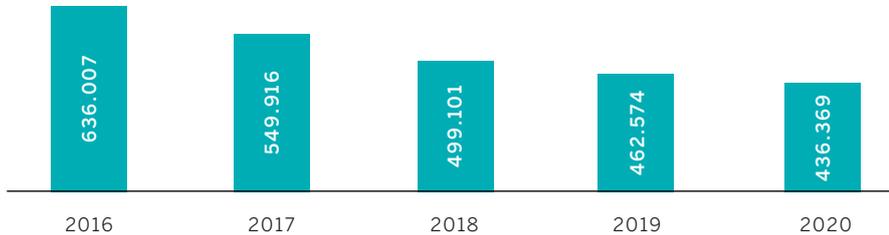
Gewaltkriminalität (Anzahl Fälle)



Straßenkriminalität (Anzahl Fälle)



Diebstahlkriminalität (Anzahl Fälle)



Umsetzung des Aktionsprogramms EXIT.NRW gegen Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution

Mit einer breit aufgestellten Öffentlichkeitskampagne wurde auf die spezialisierten Fachberatungsstellen für von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffene Mädchen und Frauen und das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam gemacht.

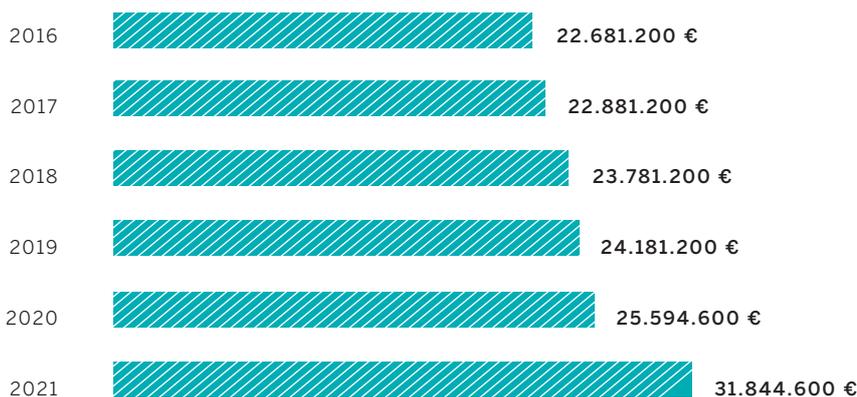
Schutz und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Männer

Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode deutliche Verbesserungen für das Frauenunterstützungssystem erreicht und erstmalig eine Infrastruktur für von Gewalt betroffene Männer geschaffen. Neben der tragfähigen und soliden Finanzausstattung der Schutz- und Be-

ratungsangebote werden mit dem deutlichen Mittelaufwuchs im Jahr 2021 das Unterstützungssystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder mit einer Gesamtstrategie qualitativ und quantitativ weiterentwickelt.

Fördermittel für Schutz und Hilfe für Frauen/Männer als Opfer von Gewalt

(Soll-Zahlen gem. HH-Plan)



11 JUSTIZ

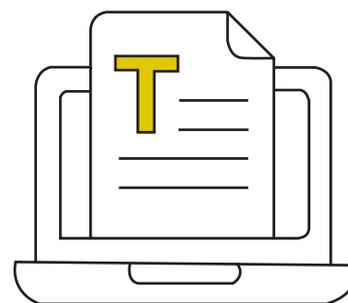
Mehr Personal und moderne Technik für eine starke Justiz

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen steht für den Rechtsstaat ein und sorgt mit mehr Personal und moderner Technik für eine stärkere und effizientere Justiz. **So wurden seit dem Regierungswechsel rund 2.600 zusätzliche Stellen in der Justiz geschaffen.** Die Landesregierung hat mit dem mit Abstand größten Investitionsprogramm der letzten Jahrzehnte in der nordrhein-westfälischen Justiz begonnen.

Die Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften für die Justiz bleibt eine zentrale Zukunftsaufgabe. Hierbei hat die Landesregierung Kreativität bewiesen. Das Personalmarketing der Justiz Nordrhein-Westfalen wurde für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnet. Mit der Kampagne „Knast-O-Mat“ hat das Justizministerium die Trendence Awards in den Kategorien „Innovation des Jahres“ und „Beste Recruitingkampagne 2020 für nichtakademische Fachkräfte“ sowie den HR Excellence Award in der Kategorie „Beste Recruitingkampagne 2020 (Großunternehmen)“ gewonnen.

Digitalisierung der Justiz kommt voran

Die Landesregierung treibt auch die Digitalisierung in der Justiz weiter mit Hochdruck voran. Mittlerweile wird bereits in nahezu der Hälfte der 226 Gerichte und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen mit der elektronischen Akte gearbeitet. Die gesamte Finanzgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen führt ihre Akten ausschließlich elektronisch. Alle Oberlandesgerichte, fast alle Landgerichte und alle Verwaltungsgerichte nutzen jedenfalls teilweise die elektronische Akte. In hohem Tempo soll die digitale Aktenführung in der gesamten Justiz in den kommenden Jahren weiter vorangehen.



Landesregierung stärkt den Rechtsschutz

Seit dem 1. Januar 2019 können die Bürgerinnen und Bürger Rechtsverordnungen der Landesregierung und Gemeindefestsetzungen direkt gerichtlich prüfen lassen. Die Landesregierung hat den Rechtsschutz damit gestärkt. Diese Erweiterung des Rechtsschutzes hat in der Corona-Pandemie ganz besondere Bedeutung bekommen:

Die Regelungen der Corona-Schutzverordnung können dadurch auf Antrag betroffener Bürgerinnen und Bürger direkt durch das Oberverwaltungsgericht in Münster auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Hiervon haben die Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl Gebrauch gemacht.

Schwerpunkt der Justiz: Rechtliche Aufarbeitung des „Cum-Ex“-Skandals

Inzwischen hat die Ermittlungstätigkeit zu einem Anstieg der Zahl der Verfahrenskomplexe auf 95 mit gut **1050 Beschuldigten** geführt

Im Kampf gegen die Drahtzieher der milliardenschweren „Cum-Ex“-Steuerdeals wurde bei der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Köln, bei der sämtliche staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren landesweit konzentriert sind, eine eigene Hauptabteilung mit insgesamt 19 Dezernentenstellen, drei Abteilungsleiterstellen und einer Hauptabteilungsleiterstelle eingerichtet. Damit sind die Voraussetzungen für eine alleinige Fokussierung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf die hochkomplexen Cum-Ex-Verfahren geschaffen worden. Inzwischen hat die Ermittlungstätigkeit zu einem Anstieg der Zahl der Verfahrenskomplexe auf 95 mit gut 1050 Beschuldigten geführt.

Schwerpunkt der Justiz: Verfolgung Organisierter Kriminalität

Ein Schwerpunkt liegt auf der Verfolgung der Organisierten Kriminalität. Geldflüsse sind vielfach die Lebensader weitere Taten. Die an dem Prinzip „Follow the money“ orientierte Verfolgung der Organisierten Kriminalität hat durch die Arbeitsaufnahme der von der Landesregierung im September 2020 eingerichteten Zentral- und An-

sprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen (ZeOS NRW) bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und der landesweiten vier Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Verfolgung Organisierter Kriminalität und für Vermögensabschöpfung einen neuen Schub erfahren.

Beauftragte für den Opferschutz als zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straf- und Gewalttaten eingesetzt

Opfer einer Straf- oder Gewalttat zu werden, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen eines Menschen. **Der Landesregierung ist es ein besonderes Anliegen, Opfern von Kriminalität die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.** Seit dem 1. Dezember 2017 steht deshalb die Beauftragte für den Opferschutz mit ihrem Team jeden Tag Kriminalitätsoptionen in Nordrhein-Westfalen als zentrale Anlaufstelle zur Seite. Die Opferschutzbeauftragte wird in besonderen Lagen auch proaktiv tätig und nimmt von sich aus Kontakt zu den Opfern auf. Mit dem Haushalt 2021 ist das Team der Opferschutzbeauftragten deshalb um eine Diplom-Sozialpädagogin als weitere Kraft ver-

stärkt worden. **Bis April 2021 haben bereits 1.843 Betroffene telefonisch, elektronisch, schriftlich oder persönlich die Möglichkeit genutzt, sich schnell und unkompliziert den Weg in das Hilfesystem weisen zu lassen.**

Seit September 2020 wirbt die Landesregierung zudem mit einer breit angelegten Kampagne für die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren. Unter dem Motto „Du bist nicht allein – wenn etwas passiert!“ wird bei zahlreichen Anlaufstellen für Opfer dafür geworben, dass diese in einem Strafverfahren frühzeitig professionelle Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen.

Installierung des Opferschutzportals NRW

Das Portal www.opferschutzportal.nrw der Landesregierung bündelt alle Angebote der Hilfeinfrastruktur des Landes Nordrhein-Westfalen für Opfer von Gewalt, deren Angehörige und Interessierte auf einer Seite.

12 FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION

Nordrhein-Westfalen hat ein klares Konzept für Einwanderungs- und Migrationspolitik

Klar ist, dass Deutschland, will es seine Wirtschaftskraft erhalten, langfristig auf die Gewinnung von spezialisiertem Personal aus dem Ausland angewiesen sein wird. Mit dem Angebot der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung ist es gelungen, das Verfahren dafür zu beschleunigen. Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland kommen, brauchen einen klaren Kompass. **Einerseits bietet Nordrhein-Westfalen faire Chancen zur Integration und eine klare Bleibeperspektive für alle, die sich gut integrieren. Andererseits geht das Land unter Ausschöpfung aller aufenthaltsrechtlichen Mittel gegen Integrationsverweigerer, Kriminelle und Gefährder vor und führt sie konsequent in ihre Heimatländer zurück.** Mit dem Asylstufenplan werden die Kommunen beim Umgang mit

nicht bleibeberechtigten Geflüchteten entlastet und können sich auf die Integration derjenigen konzentrieren, die länger im Land bleiben.

Land und Kommunen haben im Dezember 2020 eine Vereinbarung zur Migrationspolitik und zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beschlossen, die das Land jetzt in einem Gesetzentwurf umsetzt. **Das Land wird die Kommunen in zentralen Bereichen der Rückführung noch intensiver und systematischer unterstützen.** Zugleich werden die kommunalen Ausländerbehörden die vorhandenen Möglichkeiten, gut integrierten Geduldeten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erteilen, konsequent prüfen und die vorhandenen Spielräume ausschöpfen.

Nordrhein-Westfalen, ein weltoffenes Land mit Chancen

Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland und das schon seit Langem. **Integration in allen Perspektiven – vom Ankommen über die Teilhabe bis zur Gestaltung der Gesellschaft – zu begreifen, ist der Schlüssel für ein erfolgreiches, respekt- und friedvolles Zusammenleben und Miteinander in unserer Gesellschaft.** Deswegen sind der Ausbau und die Vernetzung maßgeblicher integrationspolitischer Akteure so wichtig. Die Landesregierung sieht dabei auch die Stärkung der Angebote der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit als Grundlage für eine gelingende Integration junger Geflüchteter in unsere Gesellschaft und fördert gezielt Maßnahmen, die den Zugang dieser Kinder und Jugendlichen zu den Regelangeboten der Kinder- und Jugendarbeit verbessern.

Mit dem Programm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, für das der Landtag 2019 50 Millionen Euro zur nachhaltigen Integration von jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren mit individuellem Unterstützungsbedarf zur Verfügung gestellt hat, fördert die Landesregierung insbesondere Geflüchtete mit Duldung und Gestattung in Nordrhein-Westfalen. Ziel der Landesinitiative ist es, dass die jungen Erwachsenen so früh wie möglich Zugang zu Sprachförderung erhalten, ihren Hauptschulabschluss nachholen oder berufsbegleitend qualifiziert werden. Während des gesamten Programms werden sie von Teilhabemanagern und Coaches begleitet. Mittel- und langfristig sollen sie so auf eigenen Füßen stehen und ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können.

Nordrhein-Westfalen, ein Land der Vielfalt

30 % der Einwohnerinnen und Einwohner haben eine **Einwanderungsgeschichte**

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner haben eine Einwanderungsgeschichte. Sie sind ehrenamtlich tätig, gründen Vereine und Organisationen und sind vielfältig in und für die deutsche Zivilgesellschaft engagiert. Dieses Engagement ist jedoch in der Öffentlichkeit kaum sichtbar und anerkannt.

Vielfalt und Chancengleichheit sind besondere Anliegen der Landespolitik, ebenso wie das Ziel, den Dialog und den Austausch mit den muslimischen und alevitischen Interessensvertretungen auf eine neue Grundlage zu stellen und handlungsorientiert auszurichten. Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle für muslimisches Engagement in Nordrhein-Westfalen (KME NRW) wird den vielen zivilgesellschaftlich engagierten muslimisch und alevitisch geprägten Vereinen und Verbänden eine Plattform zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung geboten sowie das vielfältige bürgerschaftliche Engagement aktiv unterstützt. Der Beauftragte in Fragen des muslimischen Engagements unterstützt und flankiert diese Arbeit.

Kommunales Integrationsmanagement für effiziente Integrationspolitik

Integration findet vor allem vor Ort in der Kommune statt. **Daher unterstützt das Land die Entwicklung des Kommunalen Integrationsmanagements mit 50 Millionen Euro in diesem Jahr.** Das flächendeckende Landesförderprogramm bezieht alle Akteure vor Ort ein und ist in erster Linie für geflüchtete und andere neu eingewanderte Menschen gedacht. Eng verbunden mit den Kommunalen Integrationszentren erhalten die Kreise und kreisfreien Städte so eine bundesweit einzigartige Integrationsinfrastruktur. Migrations- und Integrationsprozesse können vor Ort „von der Einreise bis zur Einbürgerung“ zusam-

mengeführt werden. Das Kommunale Integrationsmanagement ist auf Dauer angelegt und wird mit dem Gesetzesentwurf rechtlich verankert und finanziell abgesichert. **Im Jahr 2021 fördert das Land dafür über 820 Stellen,** darunter für ein individuelles Case Management, das geflüchtete und weitere neu eingewanderte Menschen in der wichtigen Phase des Ankommens und der Erstorientierung unterstützt. Mit diesem Ansatz sind auch weitergehende Prozesse der nachholenden Integration intendiert.

Nordrhein-Westfalen versteht Integration als Bereicherung

Mit der crossmedialen Integrations- und Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW des Landes wird gelungene Integration in Nordrhein-Westfalen sichtbar. Mehr als 55 Vorbilder unterschiedlicher kultureller Herkunft haben gezeigt, wie selbstverständlich sie unsere Gesellschaft bereichern. Die Kampagne wirbt für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vielfalt und setzt ein klares Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus. Sie wird von

öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und verschiedenen Maßnahmen im Bereich des gemeinsamen Austausches über Werte begleitet. Darüber hinaus wirbt die Kampagne mit Vorbildern für die Einbürgerung und mehr Vielfalt im Öffentlichen Dienst. Die Testimonials kommen aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Integrationsarbeit weiterentwickeln und nachhaltig sichern

Mit der Novellierung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes bekennt sich das Land noch einmal klar zur Bedeutung von Integration. Aufbauend auf dem in Nordrhein-Westfalen bestehenden integrationspolitischen Konsens will die Landesregierung die Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte optimieren, institutionelle Regelsysteme durch den Abbau von Zugangs- und Teilhabebarrieren öffnen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt perspektivisch stärken. Dazu wird das Land den rechtlichen Rahmen setzen und mit mehr Verbindlichkeit und finanzieller Verlässlichkeit die integrationspolitische Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen gestalten. **Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Fortentwicklung der kommunalen Integrationsprozesse. Gleichzeitig setzt sich das Land noch stärker als bisher gegen jede Form von Diskriminierung ein.**



Antidiskriminierungsarbeit gestärkt

Mit dem Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung im September 2019 hat die Landesregierung den hohen Stellenwert des Themas und ihre Absicht verdeutlicht, den Diskriminierungsschutz in Nordrhein-Westfalen stärker als bislang als gemeinsame Aufgabe wahrzunehmen. Die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Nordrhein-Westfalen spielen bei der Antidiskriminierungs- und Anti-Rassismus-Arbeit im Land eine wesentliche Rolle. Einen zentralen Partner der Landesregierung bildet dabei die Freie Wohlfahrtspflege, die mit landesweit 214 Integrationsagenturen (IA) und darunter 42 Service- und Beratungs-

stellen für Antidiskriminierungsarbeit eine Vielzahl an Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus etc. umsetzen. Das Förderprogramm der Integrationsagenturen, das darauf ausgerichtet ist, Teilhabe zu ermöglichen und zu einem gemeinsamen Leben in einer vielfältigen Gesellschaft beizutragen, **ist im Jahr 2020 um 3 Millionen Euro aufgestockt worden.**

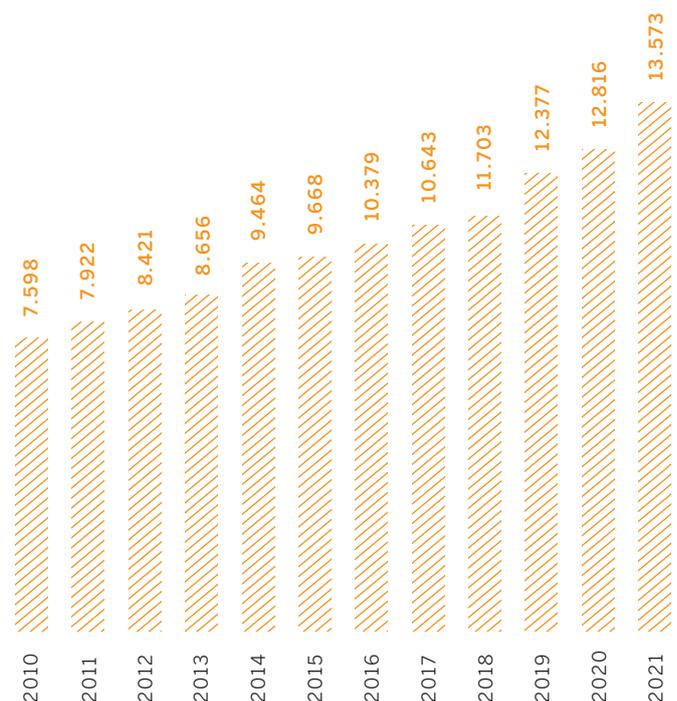
13 HEIMAT, KOMMUNALES UND BAU

Landesregierung stärkt finanzielle Basis der kommunalen Familie mit Rekordsumme: 13,5 Milliarden Euro

Starke Kommunen sind die Basis für ein starkes Land – und ein gutes Zuhause für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen daher mit ganzer Kraft. Die Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) haben eine Rekordhöhe erreicht. Im Haushalt 2021 sind über 13,5 Milliarden Euro eingestellt. **Parallel hat die Landesregierung 2020 erhebliche Mittel mobilisiert, um die kommunale Familie bei der Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen zu unterstützen.** Mit dem „Nordrhein-Westfalen-Programm I“ etwa, mit dem das Konjunkturprogramm des Bundes zielgenau mit Landesmitteln in Höhe von 3,6 Milliarden Euro sowie zusätzlich 1,7 Milliarden Euro zur Kofinanzierung wichtiger Maßnahmen des Bundes ergänzt wird. Allein 2,72 Milliarden Euro haben Land und Bund den Kommunen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam zur Verfügung gestellt, um weggebrochene Gewerbesteuererinnahmen zu kompensieren.

GFG-Zuweisungen an Kommunen

(Absolute Höhe, in Mio EUR)



Übernahme von bis zu 75 Prozent der Kosten der Unterkunft entlastet Kommunen strukturell

Strukturelle
Entlastung von rund
1 Milliarde €
im Jahr

Mit Erfolg hat sich die Landesregierung zudem dafür eingesetzt, dass der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung von Leistungsempfängern nach dem SGB um weitere 25 Prozentpunkte (auf bis zu 75 Prozent) erhöht hat. Allein für die kommunale Familie in Nordrhein-Westfalen bedeutet dies eine strukturelle Entlastung von rund einer Milliarde Euro im Jahr. Insbesondere strukturschwache Kommunen mit hohen Soziallasten profitieren und erhalten so neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Landesregierung steigert die Attraktivität des kommunalen Wahlamtes

Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Wahlämtern übernehmen Verantwortung für unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft und bilden so das demokratische Fundament. Mit dem „Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des

kommunalen Wahlamtes“ hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für Wahlbeamtinnen und -beamte attraktiver gestaltet und zugleich Anreize für die Bereitschaft zur Übernahme kommunaler Wahlämter gesetzt.

Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer entlastet

Die Anlieger werden
jährlich um insgesamt
65 Millionen €
entlastet

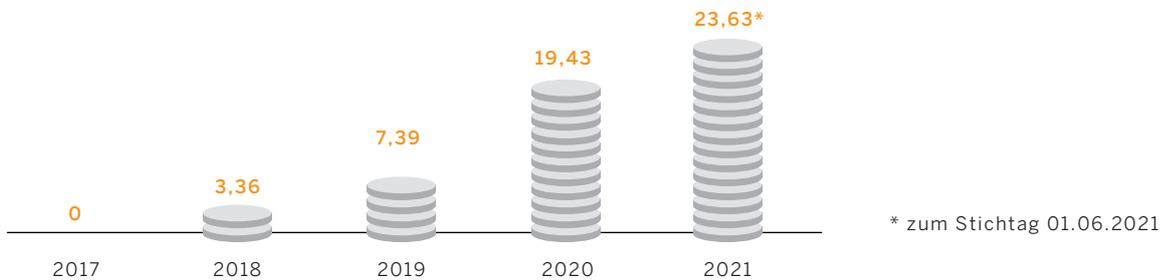
Mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes hat die Landesregierung vielen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern die Sorge genommen, von kommunalen Straßenbaubeiträgen finanziell überfordert zu werden. Die Anlieger werden jährlich um insgesamt 65 Millionen Euro entlastet und frühzeitig in die Planungen ihrer Städte und Gemeinden eingebunden, während die Kommunen Planungssicherheit erhalten. Das schafft Transparenz und mehr Akzeptanz für Straßenbaumaßnahmen.

Landesregierung stärkt Heimat: Mehr als 3.000 Heimat-Schecks unterstützen lokale Ideen

Als erste nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Nordrhein-Westfalen-Koalition 2017 ein Heimatministerium eingerichtet. Es fördert Menschen und Institutionen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement zur Identität, Traditions- und Heimatpflege in unserem Land und vor allem zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Mit den fünf Elementen Heimat-Scheck, Heimat-Preis, Heimat-Werkstatt, Heimat-Fonds und Heimat-Zeugnis fördert die Landesregierung mit rund 150 Millionen Euro bis 2022 die Gestaltung der Heimat vor Ort, in Städten und Gemeinden und in den Regionen.

Mittel für die Heimatförderung (in Mio. EUR)



Zukunft der Innenstädte gestalten

Mit dem Städtebauförderprogramm 2021 werden rund 335 Millionen Euro für die Städtebauförderung und ca. 30,6 Millionen Euro für den Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten landes- und bundesseitig zur Verfügung gestellt. **Ein wesentliches Augenmerk liegt auf den Standorten des Einzelhandels.** Bereits vor Corona befand sich der Handel im Wandel. Die Corona-bedingten Einschränkungen des stationären Einzelhandels beschleunigten diesen Wandel in Einzelhandel. Gleichzeitig geraten dadurch die Innenstädte und Zentren vielfach unter Druck. Leerstand und Attraktivitätsverluste sind die Folge. **Die Innenstädte sind das Gesicht und Herz der Stadt. Sie scheinen aber bedroht.** Das Städtebauförderprogramm der Landesregierung zielt darauf ab, die nun erforderliche transformative Kraft der Städte und Gemeinden zu stärken und damit eine lebendige Zukunft zu gestalten. In diesem Sinne dienen gut drei Viertel der Städtebaufördermittel (rd. 254 Millionen Euro) explizit der Stärkung und Stabilisierung von Innenstädten und Zentren: In 154 Kommunen werden 174 Zentren-Maßnahmen unterstützt. Zusätzlich wurde mit dem bundesweit ersten landeseigenen Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren bereits im Sommer 2020 eine Fördermöglichkeit geschaffen, um akute Problemlagen vor Ort schnell aktiv angehen zu können. Gefördert werden z. B. die kommunale Anmietung von Ladenleerständen, die Einholung von Expertisen im Umgang mit leerstehenden großen Einzelhandelsimmobilien oder deren Zwischenerwerb sowie Planungsüberlegungen und Beteiligungen zur Stärkung der Handelsstandorte. **Das Programmvolumen umfasst zwischenzeitlich insgesamt**

100 Millionen Euro Landesmittel. 40 Millionen Euro wurden in einer ersten Förderphase an 131 Kommunen vergeben. Für die zweite Tranche in Höhe von 30 Millionen Euro haben sich bis Ende April 2021 erneut rund 100 Kommunen beworben. Die dritte Tranche mit weiterentwickelten und ergänzenden Fördertatbeständen folgt im Sommer 2021.



Förderung dörflicher Strukturen im Zukunftsraum Land

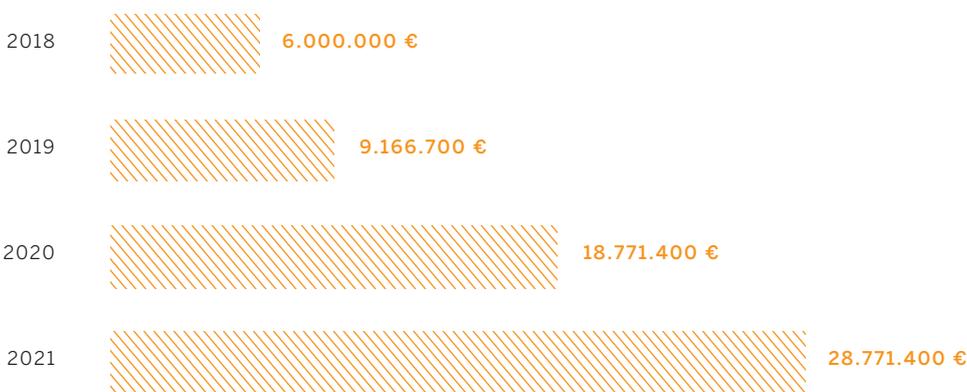
Mit dem „Dorferneuerungsprogramm 2021“ wurden **344 Projekte** in **145 Gemeinden** mit rund **28,7 Millionen €** unterstützt

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Es besteht aus urbanen Regionen ebenso wie aus ländlichen Räumen. Die Landesregierung hat alle Teile des Landes gleichermaßen im Blick und sorgt für beste Zukunftsperspektiven auch in ländlichen und dörflichen Strukturen.

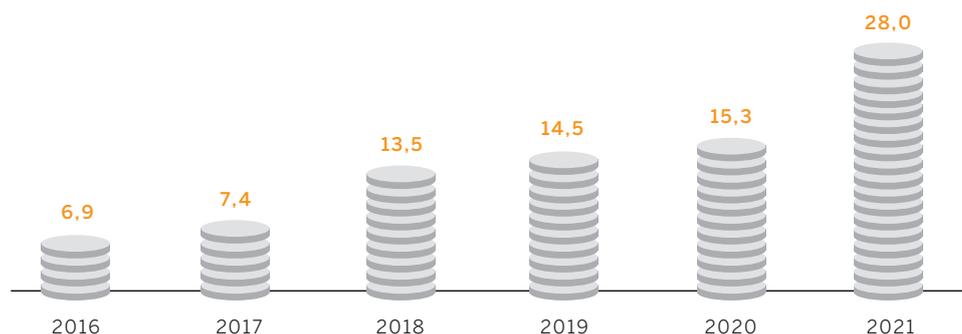
Dazu stellt die Landesregierung seit dem Jahr 2019 zusätzlich zu den europäischen Mitteln weitere landeseigene Finanzmittel zur Verfügung. **Mit dem „Dorferneuerungsprogramm 2021“ wurden 344 Projekte in 145 Gemeinden mit rund 28,7 Millionen Euro unterstützt.** Das Hauptaugenmerk der Förderung liegt auf gemeinschaftsstiftenden Orten der Begegnung und des Austausches, einer regionsspezifischen und damit identitätsstiftenden Innenentwicklung sowie Infrastruktur zur Nahversorgung.

Mit weiteren 22,9 Millionen Euro wurden im Rahmen des Sonderaufrufs „Feuerwehrhäuser in Dörfern“ der Bau, die Sanierung und der Ausbau von 119 Feuerwehrhäusern in 104 ländlichen Gemeinden gefördert. Mit diesem Förderangebot unterstützt die Landesregierung seit dem Jahr 2021 die Sicherung der Feuerwehrinfrastruktur im ländlichen Raum.

Fördermittel für Dorferneuerung und ländliche Siedlungen (Soll-Zahlen gem. HH-Plan)



Etat für Denkmalförderung (in Mio. EUR)



Heimat erhalten, Denkmalpflege stärken

Denkmalpflege und Denkmalschutz erhalten das kulturelle Erbe und das Gedächtnis unseres Landes für die nachkommenden Generationen und stärken so Identität und Heimat. Ohne die zahlreichen Privatpersonen, Vereine und Initiativen wäre es nicht möglich, die fast 90.000 Bau- und Bodendenkmäler zu schützen, zu pflegen und

zu erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen erkennt dieses wichtige Engagement an und hat daher die Mittel der Denkmalförderung wesentlich erhöht. **In diesem Jahr stehen allein für die verschiedenen Angebote der Denkmalförderung 28 Millionen Euro zur Verfügung.**

Land stellt 1,1 Milliarden Euro jährlich für mehr bezahlbaren Wohnraum bereit

Wohnen ist Daseinsvorsorge und damit elementarer Bestandteil einer Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger ist eine der zentralen Zukunftsfragen in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen.

Besonders hoch ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Immer noch ist für Alleinerziehende, für Mehrkind-Familien, für Rentnerinnen und Rentner sowie für viele Normalverdienende die Suche nach Wohnraum eine beträchtliche Herausforderung. Die Landesregierung hat deshalb für die öffentliche Wohnraumförderung einen stabilen und weiten Finanzrahmen festgelegt: 1,1 Milliarden Euro stehen jährlich bis 2022 für den Neubau von Mietwohnungen, für Eigentumsmaßnahmen und für Bestandsmodernisierungen zur Verfügung.

Für den Wohnungsmarkt insgesamt kommt es darauf an, Angebot und Nachfrage stärker auszugleichen. Erfreulicherweise geht der Trend in die richtige Richtung: 2019 sind in Nordrhein-Westfalen insgesamt (gefördert und freifinanziert) fast 44.000 neue Wohnungen entstanden – das ist das höchste Ergebnis seit 2005.

1,1 Milliarden €

stehen jährlich bis 2022 für den **Neubau von Mietwohnungen**, für **Eigentumsmaßnahmen** und für **Bestandsmodernisierungen** zur Verfügung

Nordrhein-Westfalen wird Vorreiter bei der Digitalisierung des Bauens

Nordrhein-Westfalen soll Vorreiter bei der Digitalisierung des Bauens werden. Daran arbeitet die Landesregierung mit Hochdruck – und dafür steht auch das deutschlandweit erste Wohnhaus im 3-D-Druck. Mit Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde es Ende 2020 im westfälischen Beckum errichtet. Das ist Innovation für ganz Deutschland, konkret und sichtbar in Nordrhein-Westfalen. **Im Jahr 2021 werden weitere zukunftsweisende Bauverfahren gefördert.**

Nordrhein-Westfalen unterstützt seine Kommunen intensiv im Bereich der Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens. Das seit Mai 2020 erreichbare **Bauportal.NRW** wird aktuell um einen Antragsassistenten ergänzt,

der es ermöglicht, dass landesweit **standardisiert und unkompliziert Bauanträge digital eingereicht werden können**. Dabei wird erstmals in Deutschland die aktuelle Version der verbindlichen Austauschstandards XBau berücksichtigt. Die Methode des Building Information Modeling (BIM) verändert die Baubranche maßgeblich. Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die einzelnen Akteure der Wertschöpfungskette Bau zu befähigen, BIM anzuwenden.

Auch die Wohnraumförderung wird digital. Mit der Einführung des IT-Portals „WohnWeb“ ist es gelungen, die Förderverfahren in der Eigentumsförderung in 53 kommunalen Bewilligungsbehörden auf neue digitale Beine zu stellen.

Das Ruhrgebiet entwickelt sich zur Zukunftsregion

Mit der Ruhr-Konferenz verfolgt die Landesregierung das Ziel, das Ruhrgebiet als wettbewerbsfähige, nachhaltige und lebenswerte Metropolregion weiterzuentwickeln und zu stärken. Dazu wird im Ruhrgebiet und darüber hinaus das Bewusstsein für die Chancen und Potenziale dieser Region gefördert, eine neue Dynamik entfacht und für Aufbruchsstimmung gesorgt. Drei Jahre nach dem Start ist die Ruhr-Konferenz als Prozess, der auf das Engagement und die Vernetzung der Akteure vor Ort baut, etabliert und der Rahmen für die politische Umsetzung der gesteckten Ziele geschaffen. 2019 hat das Landeskabinett fünf Handlungsfelder mit 73 Projekten beschlossen, die Impulse in allen Lebensbereichen geben.

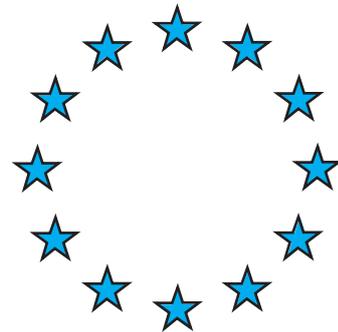
Die Handlungsfelder sind:

- Vernetzte Mobilität – kurze Wege
- Erfolgreiche Wirtschaft – gute Arbeit
- Gelebte Vielfalt – starker Zusammenhalt
- Sichere Energie – gesunde Umwelt
- Beste Bildung – exzellente Forschung

Dabei ist klar: Erfolge in einem Handlungsfeld haben auch positive Auswirkungen auf andere. Ohne gute Ausbildung gibt es keine Fachkräfte, ohne Mobilität keine Vernetzung, ohne erfolgreiche Wirtschaft keinen Wohlstand. 2020 hat die Landesregierung den ersten Fortschrittsbericht zu diesen fünf Handlungsfeldern und 73 Projekten vorgelegt und bei einem Treffen der Akteure der Ruhr-Konferenz mit der Bundeskanzlerin auf Zollverein einige Projekte öffentlich vorgestellt. 2021 befanden sich 67 der 73 Projekte weiter in der Umsetzung, fünf in der Klärungsphase und eines wurde bereits abgeschlossen. Außerdem wurden die ersten Partnerprojekte der Ruhr-Konferenz, die von Kommunen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Verbänden, Hochschulen und Unternehmen vorgeschlagen wurden, anerkannt.

14 EUROPA UND INTERNATIONALES

Europa gehört zum Identitätskern von Nordrhein-Westfalen. Im gemeinsamen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum mit unseren europäischen Nachbarn leben wir die europäische Idee. Seit Juni 2020 haben wir deshalb einen Europabezug in unserer Landesverfassung. Wir verstehen ihn als Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und wir verstehen ihn als Auftrag, zur Verwirklichung und Entwicklung des geeinten Europas beizutragen.



Nordrhein-Westfalen fördert die europäische Integration

Für die Verwirklichung und Weiterentwicklung der europäischen Idee setzt sich die Landesregierung auf allen Ebenen ein: Im Bundesrat in Berlin, im Ausschuss der Regionen in Brüssel und natürlich in Nordrhein-Westfalen. Das Land engagiert sich im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas, die das Momentum für eine tiefgreifende Reform der EU schaffen soll. Die Landesregierung stärkt den Europagedanken in unserer Gesellschaft – und zeigt seine Relevanz auch und gerade für die junge Generation: Dazu hat sie die Initiative „Europa erleben und lernen“ ins Leben gerufen, die sich speziell an Auszubildende richtet, sowie die neue Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“ geschaffen. Und der Europaminister hat vor der Europawahl 2019 einen öffentlichkeitswirksamen Wahl-

auftritt mit Jugendlichen, Sportlern, Künstlern und den Europaministern der Länder im Dortmunder Fußballstadion gestartet. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen engagiert sich für die Fundamente der europäischen Integration – insbesondere für das [Recht als Grundlage der europäischen Rechtsgemeinschaft](#). Deshalb hat sie das Thema Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt ihres Vorsitzes in der Europaministerkonferenz 2018/2019 gestellt. Und deshalb setzt sie sich weiterhin auf verschiedenen Ebenen für die [Rechtsstaatskonditionalität](#) ein. Nur Gewaltenteilung und unabhängige Gerichte garantieren, dass das europäische Recht in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen gilt.

Nordrhein-Westfalen ist Gestaltungskraft in der Europäischen Union

Nordrhein-Westfalen wirkt am digitalen und grünen Wandel in der Europäischen Union aktiv mit. Die Landesregierung hat frühzeitig auf einen gemeinsamen europäischen Finanzrahmen hingewirkt, der Zukunft gestaltet, die Modernisierung der Regionen in Europa unterstützt und die Rechtstaatlichkeit fördert. **Trotz der Pandemie hat die Landesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, die Interessen Nordrhein-Westfalens auf vielfältige Weise auf EU-Ebene nachdrücklich zu vertreten und einzubringen.** Als Energie- und Industrieland

war Nordrhein-Westfalen die Gestaltung eines gerechten Übergangs ein besonderes Anliegen. Der Just Transition Fund wird wichtige Beiträge zur Bewältigung der sozio-ökonomischen Herausforderungen des grünen Wandels leisten. Ebenso wichtig für die Zukunftsgestaltung werden die neuen Rechtsrahmen für digitale Märkte und Dienstleistungen sowie für Künstliche Intelligenz sein, auf deren Ausgestaltung die Landesregierung aktiv und auf allen Ebenen einwirkt.

Ministerpräsident Armin Laschet stärkt als deutsch-französischer Kulturbevollmächtigter die Freundschaft und Zusammenarbeit beider Länder

Erstmals seit 1970 hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident wieder das Amt des deutsch-französischen Kulturbevollmächtigten übernommen. In dieser Rolle setzt er sich für eine Stärkung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, unter anderem in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur, ein und wirkt an der Umsetzung des Vertrages von Aachen mit.

Nordrhein-Westfalen und das Vereinigte Königreich bleiben eng verbunden

Nordrhein-Westfalen ist seit **75 Jahren** mit dem Vereinigten Königreich verbunden

Für die Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich ist 2021 ein besonderes Jahr. Es ist nicht nur das Jahr, in dem das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil des Binnenmarkts und der Zollunion ist, sondern 2021 ist auch das Jubiläumsjahr der Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich – von der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen bis heute. **Wie kein anderes deutsches Bundesland ist Nordrhein-Westfalen seit 75 Jahren mit dem Vereinigten Königreich verbunden.** Die Landesregierung will diese Beziehungen nicht nur aufrechterhalten, sondern auch vertiefen. Deshalb stellt sie zusätzliche Mittel für den Schüleraustausch mit dem Vereinigten Königreich, für Städtepartnerschaften und für gemeinsame Veranstaltungen zur Verfügung. Ihr Ziel ist es, die bestehenden Austauschformate zu einem deutsch-britischen Jugendwerk weiterzuentwickeln.

Nordrhein-Westfalen hat ein Verbindungsbüro in Israel eröffnet

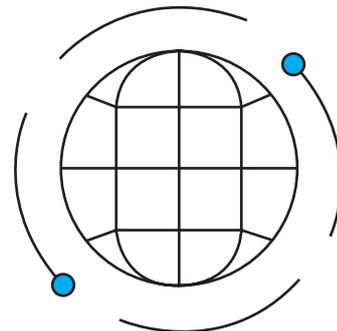
Das im März 2020 durch Ministerpräsident Armin Laschet eröffnete **Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel** bündelt die Aktivitäten und stärkt die Präsenz des Landes vor Ort. **Es ist das einzige seiner Art, und seine Arbeit ist einzigartig.** Im Bewusstsein der Vergangenheit gestalten Israel und Nordrhein-Westfalen die Zukunft gemeinsam. Trotz der Pandemie ist es dem Büro gelungen, eine Vielzahl an neuen Projekten und bilateralen Kooperationen in so verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Kultur und Wirtschaft anzubahnen und umzusetzen.

Dazu gehört die Plattform NRW.global.connect, mit deren Hilfe nordrhein-westfälische Unternehmen ab 2021 unmittelbar mit israelischen Start-ups in Kontakt treten können, um die Innovationskraft unseres Landes zu stärken. **Das Büro soll auch ein Ort für Begegnungen und Veranstaltungen werden.** Es soll Denkanstöße für neue Aktivitäten des Landes ermöglichen, Projekte initiieren und neue Partner für Kooperationen mit und in Israel gewinnen.

Nordrhein-Westfalen stärkt seine internationalen Partnerschaften

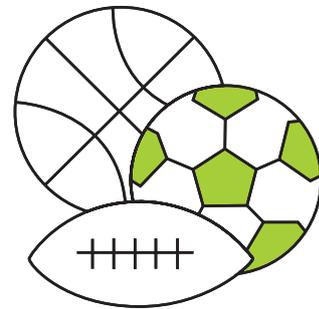
Nordrhein-Westfalen profitiert seit jeher von seinen **internationalen Partnerschaften**. Deshalb hat die Landesregierung nicht nur die bestehenden Partnerschaften gestärkt und erneuert: mit der **Benelux-Union**, mit **Schlesien** und **Hauts-de-France**, mit **Japan**, den **USA** und **Ghana**. Es wurden auch neue bilaterale Abkommen, so etwa mit **Nordmazedonien**, getroffen.

Die Vielfalt der transatlantischen Beziehungen will die Landesregierung insbesondere auf subnationaler Ebene, in einem engeren **Austausch mit US-Bundesstaaten** und **kanadischen Provinzen**, vertiefen. Dazu hat sich Ministerpräsident Laschet in den USA unter anderem mit dem Gouverneur von New Jersey, Phil Murphy, ausgetauscht. Nordrhein-Westfalen setzt auf Multilateralismus. Viele globale Fragen wie etwa den Klimawandel kann man nur gemeinsam lösen. Dabei weiß Nordrhein-Westfalen um die Bedeutung des globalen Südens und hat neue Akzente in der Entwicklungspolitik gesetzt. **Die Landesregierung hat – orientiert an den Sustainable Development Goals der Agenda 2030 (SDGs) – entwicklungspolitische Schwerpunkte erarbeitet.** Ein Fokus liegt auf der verstärkten Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit. Die Privatwirtschaft ist ein wichtiger Partner der Entwicklungspolitik, wenn es darum geht, Wissen zu vermitteln, Innovationen voranzubringen und neue Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. **Nordrhein-Westfalen will dazu beitragen, dass Menschen auch in anderen Ländern die Chance zum Aufstieg haben**, um ihr Leben selbst gestalten zu können.



15 SPORT UND EHRENAMT

Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nr. 1. Und als dieses will die Landesregierung es erhalten und stärken. Dazu fördert sie den Sport in der Breite ebenso wie in der Spitze.



Rekordinvestitionen in moderne Sportstätten

Inzwischen wurden weit mehr als **2.000 Vereine** gefördert

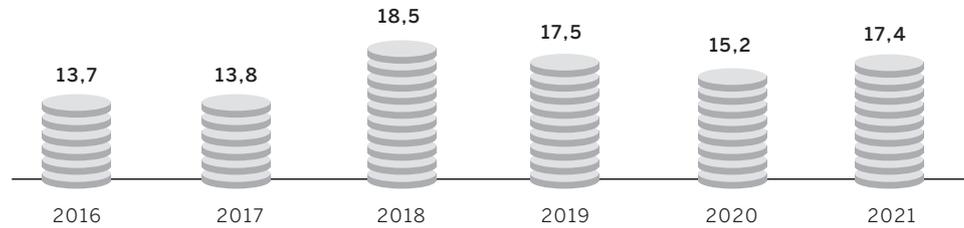
Mit dem 300-Millionen-Euro-Programm „Moderne Sportstätte 2022“ unterstützt das Land Sportvereine und -verbände bei der dringend nötigen Sanierung und Modernisierung ihrer Sportstätten. Inzwischen wurden weit mehr als 2.000 Vereine gefördert. Viele Modernisierungsvorhaben werden von den Vereinen bereits umgesetzt. Über drei Programmaufrufe werden die Mittel zur Förderung vereinseigener Sportanlagen, zur Förderung von Outdoor-Sportangeboten und zur Modernisierung der Verbandssportschulen eingesetzt. Neben den breiten Investitionen in die Infrastrukturen der Sportvereine hat das Land auch Akzente bei der Ertüchtigung herausragender Sportstätten gesetzt. Mit der Modernisierung des Albert-Richter-Radstadions in Köln, der Helmut-Körnig-Halle in Dortmund und des Lohrheidestadions in Bochum wurden drei zentrale Fördervorhaben weiter vorangebracht.

Herausragende Sportveranstaltungen im Sportland Nordrhein-Westfalen

In den kommenden Jahren werden zahlreiche herausragende Sportwettbewerbe in Nordrhein-Westfalen stattfinden, wie z. B. die Basketball-EM 2022, die Hockey-EM der Frauen und der Männer sowie die Invictus Games im Jahr 2023, die Fußball- und die Handball-EM im Jahr 2024 sowie die Rhein-Ruhr 2025 FISU World University

Games – die zweitgrößte Multisportveranstaltung der Welt. Das Sportland Nordrhein-Westfalen stärkt damit den Ruf Deutschlands als international anerkannter und bedeutsamer Standort für die Ausrichtung herausragender Sportveranstaltungen.

Förderung Leistungssport (in Mio. EUR)



	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Verinbarung mit dem Landessportbund zur Förderung des Sports in Nordrhein-Westfalen	2014 – 2017: Pakt für den Sport jährlich 34,4 Mio. EUR			2018 – 2022: Zielvereinbarung "Nr.1: Sportland Nordrhein Westfalen" jährlich 42,2 Mio. EUR		

Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet

Um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern und um weitere Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement zu begeistern, hat die Landesregierung gemeinsam mit zahlreichen Akteuren der Engagementlandschaft eine Engagementstrategie

für das Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Viele Menschen haben sich in einem breiten Beteiligungsprozess mit ihren Anregungen und Ideen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eingebracht.

24 Millionen Euro zusätzlich zur Stärkung des Ehrenamts

Für die nächsten vier Jahre werden zusätzliche Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung gestellt. Allein in diesem Jahr sollen daraus bereits vier Millionen Euro in die Umsetzung von vier wichtigen Maßnahmen fließen:

- die Einrichtung einer Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement,
- die Finanzierung eines Landesnetzwerkes für bürgerschaftliches Engagement,
- die Umsetzung eines Förderprogrammes zur Kleinstförderung „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“
- die Förderung von Qualifizierungsangeboten für Engagierte

Dabei greift die Landesregierung die dringendsten Bedarfe zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen auf, welche sie über die verschiedenen Beteiligungsformate hinweg immer wieder erreicht haben.

16 MEDIEN

Land schafft Rahmen für zukunftsfähige Medienlandschaft in Nordrhein-Westfalen

Starke und vielfältige Medien, die informieren, aufklären und gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen, sind von grundlegender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserer offenen, demokratischen Gesellschaft. Deshalb arbeitet die Landesregierung daran, dass die Menschen auch im digitalen Wandel ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Medienangebot nutzen können: im Fernsehen, im Radio, in Zeitungen, in digitalen Angeboten und im Internet. In Zeiten, in denen Benutzeroberflächen, Suchmaschinen und soziale Netzwerke eine immer bedeutendere Rolle für den Zugang zu Information und die Verbreitung von Inhalten spielen, in denen sich zu-

dem auch falsche Informationen und Mythen in Windeseile verbreiten, ist das wichtiger denn je. Ein Meilenstein ist hierbei der Medienstaatsvertrag der Länder, der Anfang November 2020 in Kraft getreten ist. Er schafft für die Medienbranche einen fairen Rechtsrahmen und trägt dazu bei, Medien- und Meinungsvielfalt zu sichern. Mit weiteren Reformen des Landesmedienrechts hat die Landesregierung einen zukunftsfähigen Rechtsrahmen auch für die privaten Angebote in und für Nordrhein-Westfalen etabliert und darüber hinaus die Rahmenbedingungen für einen starken öffentlich-rechtlichen WDR verbessert.

Landesregierung stärkt Lokaljournalismus

Der Lokaljournalismus verbreitet wichtige Informationen für das Leben in den Städten und Gemeinden. Er stiftet zudem Heimatgefühl und Identität. Die Landesregierung engagiert sich daher für bestmögliche rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen für lokale Tageszeitungen ebenso wie das Lokalradio. Der Lokaljournalismus steht im Zuge der Digitalisierung inmitten einer enormen Umbruchphase, die neue Geschäftsmodelle erfordert. Das Land steht den Medienhäusern in diesem Transformationspro-

zess zur Seite. Im Rahmen der Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für lokalen Hörfunk evaluiert und im Landesrecht bestmöglich abgesichert. In der Ruhr-Konferenz fördert das Land zudem ausgewählte Projekte, die Innovationen im Journalismus vorantreiben, etwa in der Ausbildung, in der Ansprache von Jugendlichen und in der Entwicklung von Softwaretools für Lokaljournalismus.

Medienkompetenz ist in Zeiten von Fake News wichtiger denn je

Zusätzliche Anstrengungen unternimmt das Land auch in der Förderung von Medienkompetenz. **Die Pandemie zeigt deutlich, wie wichtig der kompetente und reflektierte Umgang mit den vielfältigen digitalen Möglichkeiten ist.** Dabei verfolgt die Landesregierung den Ansatz, Medienkompetenz in die Fläche zu bringen und nicht nur auf den schulischen Bereich zu begrenzen. Dazu hat sie den **#DigitalCheckNRW** ins Leben gerufen. Das ist ein Medienkompetenz-Selbsttest für alle Bürgerinnen und Bürger, der zugleich über passende analoge und digitale Fortbildungsmöglichkeiten informiert. Die Anbieter von Fortbildung erhalten wiederum verlässlichere Informationen zu Bedarfen. Ein thematischer Schwerpunkt ist die Förderung von

Nachrichten- und Informationskompetenz. Dies ist wichtig, denn das **Vertrauen in Journalismus steht und fällt auch mit dem individuellen Wissen über unser Mediensystem.** Ein weiterer Schwerpunkt sind der Kompetenzbedarf und der gesellschaftlich-ethische Aushandlungsprozess infolge des veränderten Mensch-Maschine-Verhältnisses durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. **Mit seiner strukturierten Medienkompetenzförderung ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich führend.** Die Zusammenarbeit der Bildungspartner im Land wird kontinuierlich ausgebaut.

Landesregierung stärkt den Medien-Digital-Standort

Besondere Markenzeichen des Medien-Digital-Landes Nordrhein-Westfalen sind seine bedeutende **Film- und TV-Branche und die wachsende Computer- und Videospiele-Branche.** Mit ihrer Kreativität schaffen sie **Tausende von Arbeitsplätzen.** Und von der technologischen Innovationskraft der Games-Branche können auch andere **Industrien in unserem Land profitieren.** Die Landesregierung will diese Potenziale konsequent nutzen. Daher hat sie seit dem Regierungswechsel 2017 die Mittel für

die Film- und Medienstiftung NRW stark erhöht, um sie als die zentrale Förderagentur für die Medienwirtschaft im Land zu stärken und zu profilieren. Summierten sich die Landesfördermittel 2017 für Film, TV und Games noch auf gut 9,6 Millionen Euro, betragen sie in 2021 insgesamt 17,2 Millionen Euro. Mit einem jährlichen Gesamtbudget von zurzeit über 35 Millionen Euro gehört die Film- und Medienstiftung NRW zu den finanzstärksten Länderförderungen Deutschlands.

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt Gamesland Nr. 1

Gerade auch die Potenziale der Games-Branche für Innovation, Wertschöpfung und Arbeitsplätze will die Landesregierung heben. **Ziel ist, dass in Nordrhein-Westfalen Games viel stärker als bisher nicht nur gekauft und gespielt, sondern auch entwickelt und produziert werden.** Aus diesem Grund hat das Land die Mittel für die Games-Förderung zwischen 2017 und 2019 auf drei Millionen Euro verdreifacht und hält sie seither auf diesem hohen Niveau. Mit der neu eingeführten Produktionsförderung sorgt die Landesregierung dafür, dass Spieleentwickler aus Nordrhein-Westfalen gestärkt werden. Mit dem Deutschen Entwicklerpreis, der devcom und natürlich der gamescom, der weltweit größten Messe für Computer- und Videospiele, ist Nordrhein-Westfalen der führende Gamesstandort in Deutschland. 2019 wurde in Köln gefördert durch das Land die esports player foundation

gegründet und im Januar 2020 eröffnet. Seit ihrer Gründung hat sie sich zu einer zentralen Nachwuchsförderung im deutschen eSport etabliert. 2021 wurde zudem mit Landesförderung die Fusion Campus UG zum Aufbau eines Games-Kompetenzzentrums gegründet. Der Fusion Campus vernetzt Unternehmen der Games- und Entertainmentbranche und anderer Wirtschaftszweige und fördert den Nachwuchs/Start-ups mit unterschiedlichen Coaching- und finanziellen Unterstützungsleistungen. Das bereits starke Medien-Digital-Land NRW kann mit dem Games-Kompetenzzentrum seine Stellung als Games-Standort Nr. 1 in Deutschland festigen.

17 BEWÄLTIGUNG DER CORONA-PANDEMIE

Landesregierung hat von Beginn an Kurs von Maß und Mitte verfolgt

Die Landesregierung verfolgt von Beginn der Pandemie an einen ganzheitlichen Ansatz, um dem komplexen Pandemiegeschehen und seinen vielfältigen Folgen gerecht zu werden. Neben **epidemiologisch-medizinischen Entwicklungen** fließen auch **ökonomische** und **soziale Aspekte** in

Abwägungsprozesse und Entscheidungen ein. **Es gilt der Grundsatz, dass Freiheitsbeschränkungen zurückgenommen werden, wann immer es die epidemiologische Entwicklung zulässt und Schutzvorkehrungen intensiviert werden, wenn sich das Virus wieder stärker verbreitet.**

Expertenrat Corona unterstützt Landesregierung mit ganzheitlichem Blick

Beraten wird die Landesregierung von einem Gremium aus hochrangigen und renommierten Vertreterinnen und Vertretern der Medizin, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Philosophie, Psychologie, Soziologie und der Sozialarbeit. Dieser **interdisziplinär zusammengesetzte Expertenrat** tagt unter Teilnahme des Ministerpräsidenten und des Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration und stellvertretenden Mi-

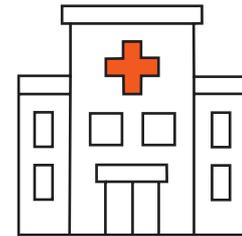
nisterpräsidenten in unregelmäßigen Abständen und hat bisher **fünf Stellungnahmen** zu unterschiedlichen Aspekten der Corona-Politik erarbeitet. Unter anderem geht das **Dashboard der Landesregierung**, das die Öffentlichkeit über eine Vielzahl verschiedener Indikatoren zum Pandemieverlauf informiert, auf eine Empfehlung des Expertenrats zurück.

Eindämmung der Pandemie und Sicherstellung bestmöglicher Gesundheitsversorgung

Die Einführung konsequenter und zielgenauer Maßnahmen wurde vielfach Vorbild für die bundesweite Pandemiebekämpfung. Dazu zählen die ersten flächendeckenden Schließungen öffentlicher Einrichtungen, die Initiierung des wirksamen Konzepts der Kontaktbeschränkungen, der erste Bußgeldkatalog eines Landes für Verstöße gegen die Corona-Regeln sowie die erfolgreiche Eindämmung der ersten lokalen Hotspots in den Kreisen Coesfeld und Gütersloh.

Um die Krankenhäuser bei der Bewältigung der Herausforderungen der Corona-Pandemie zu unterstützen, wurden aus dem NRW-Rettungsschirm 750 Millionen Euro für Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben der stationären Krankenhausversorgung zur Verfügung gestellt. Weiterhin hat das Land rund 100 Millionen Euro aus Landesmitteln in Beatmungsgeräte investiert und zusätzliche Intensivplätze gefördert. Die Zahl der Intensivbetten wurde bereits in der ersten Infektionswelle im Frühjahr 2020 in Nordrhein-Westfalen um 35 Prozent, auf 2.673 Betten, die Zahl der Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit sogar um 46 Prozent auf rund 5.600 Betten erhöht.

Dass Nordrhein-Westfalen vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen ist, verdeutlicht ein Blick auf die beiden zentralen Kategorien Inzidenz und Todesfälle. Im Laufe der Pandemie hatten sich von 100.000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen bis Ende Mai 2021 4.487 nachweislich mit dem Corona-Virus infiziert. Damit liegt Nordrhein-Westfalen knapp über dem Bundesschnitt. Bezogen auf die Einwohnerzahl starben in Nordrhein-Westfalen deutlich weniger Menschen als im bundesweiten Schnitt. Auch im Vergleich zu anderen europäischen Metropolregionen stehen die beiden nordrhein-westfälischen Regionen Köln und Ruhrgebiet besser da als beispielsweise die Region Latium (Rom) in Italien oder die Ballungsräume Paris und London.



Nordrhein-Westfalen lebt grenzüberschreitende Solidarität auch in der Pandemie

Die Grenzen zu den Niederlanden und Belgien hat Nordrhein-Westfalen immer offengehalten. So konnte der grenzüberschreitende Pendel- und Warenverkehr aufrechterhalten bleiben. Durch die offenen Grenzen wurden essentielle Versorgungsströme, die Gesundheitsversorgung und auch berufliche Existenzen gesichert. Es gibt zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden fast 50.000 Grenzpendler – darunter auch viele in systemkritischen Berufen.

Solidarität und grenzüberschreitende Zusammenarbeit braucht die Europäische Union in Zeiten der Corona-Pandemie. Deshalb hat Ministerpräsident Armin Laschet gemeinsam mit seinen Kollegen aus Belgien und den Niederlanden eine Cross-Border Task Force Corona eingesetzt. Sie sorgt für einen engen Informationsaustausch, stimmt die Maßnahmen ab und kann ad hoc Probleme lösen. Erfolgreich konnte das nur sein, weil schon vor der Pandemie Vertrauen in Belgien und den Nieder-

landen aufgebaut wurde, u.a. mit den regelmäßigen Regierungskonsultationen mit den Niederlanden und den gemeinsamen Sitzungen der Kabinette Nordrhein-Westfalens und Flanderns.

Nordrhein-Westfalen hat sich solidarisch mit seinen Nachbarländern und weiteren europäischen Partnern gezeigt, die in stärkerem Maße von der Corona-Pandemie getroffen wurden. Es hat Patientinnen und Patienten aus fünf europäischen Ländern aufgenommen und in seinen Kliniken behandelt. Damit hat Nordrhein-Westfalen dazu beigetragen, das Gesundheitssystem in den betroffenen Ländern kurzfristig zu entlasten und den Erkrankten die erforderliche Behandlung zukommen zu lassen.

Mit umfassender Teststrategie neue Perspektiven schaffen

mehr als
26 Millionen
 Bürgertestungen

Das Land verfolgt mit seiner Bürgerteststrategie das Ziel, das Dunkelfeld nicht anerkannter Infektionen aufzuklären und verantwortungsvolle Öffnungsschritte zusätzlich abzusichern. **Die Schnellteststrategie hat bis Ende Mai bei mehr als 26 Millionen Bürgertestungen und über 80.000 positiven Ergebnissen zehntausende Infektionsketten aufgedeckt und unterbrochen.** Nordrhein-Westfalen hat seit März mit einem bürokratiearmen Verfahren schnell ein dichtes Netz an Teststellen aufgebaut, dabei aber von Anfang an auch klare Qualitätsstandards gesetzt und ein Melde- und Archivierungsverfahren vorgeschrieben. Die Erkenntnisse aus diesen Meldungen und Unterlagen können helfen, Betrugsversuche bzw. -tatbestände zu identifizieren und zu ahnden.

Impfen – der Weg aus der Pandemie

Nordrhein-Westfalen steht an der Spitze der Impfquote der großen Flächenländer. Die Oster-Impfoffensive war der Turbo für das Impfprogramm – innerhalb von **zwei Tagen** waren **450.000 Termine** vergeben. Anfang Juni waren in den besonders gefährdeten Altersgruppen ab 60 über 80 Prozent mindestens einmal geimpft, über 40 Prozent bereits vollständig. Der durchschlagende Effekt der Impfungen zeigt sich vor allem in den Todeszahlen: **In der dritten Infektionswelle gab es bislang deutlich weniger Todesfälle als in der zweiten Welle.**

Nordrhein-Westfalen lässt pragmatisch impfen und hat keine Bedenken bei der Entnahme zusätzlicher Impfdosen aus einem Vial (Impfstofffläschchen), wo dies mög-

lich und sicher ist. Schon im März hat das Land sehr konsequent entsprechend den bundesweiten Empfehlungen die Sicherheitsreserve abgebaut. Wenn ausreichend Impfstoff vorhanden ist, zeigt sich die logistische Stärke der Impfkampagne im Land mit hohen Werten bei den täglichen Impfungen.

Die Landesregierung hat aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu den sozialen Faktoren der Pandemieentwicklung umgehend Konsequenzen gezogen und stellt **landesweit zusätzliche Impfdosen** für aufsuchende Impfangebote **in schwierigen Sozialräumen** mit besonders hohen Inzidenzen zur Verfügung.

NRW-Rettungsschirm: 25 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Durch die vorausschauende und vorsorgende Politik der letzten Jahre ist Nordrhein-Westfalen zu einer starken Reaktion auf die Corona-Krise in der Lage: Zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise für das Land hat der nordrhein-westfälische Gesetzgeber auf Anregung der Landesregierung ein umfassendes **Maßnahmenpaket** beschlossen. Kernstück ist die Errichtung eines **Sondervermögens in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro** als Rettungsschirm für Nordrhein-Westfalen. Damit haben wir in einem beispiellosen, gesamtgesellschaftlichen Kraftakt unter anderem unser Gesundheitssystem schnell und gezielt unterstützt, den von der Krise betroffenen Unternehmen durch Finanzhilfen und steuerliche Maßnahmen dringend benötigte

Liquidität zur Verfügung gestellt und mit unserem Nordrhein-Westfalen-Programm ein maßgeschneidertes Investitionspaket für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land auf den Weg gebracht.

Die Ausstattung des Sondervermögens erfolgt durch eine Kreditaufnahme im Landeshaushalt. Hierzu wurde vom Landtag einstimmig eine **gesonderte Kreditermächtigung** mit einem Höchstbetrag **von 25 Milliarden Euro** in das erste Nachtragshaushaltsgesetz 2020 aufgenommen. Damit werden die zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie erforderlichen Mehrausgaben finanziert und die krisenbedingten Steuermindereinnahmen insbesondere der Kommunen kompensiert. Die Kreditermächtigung ist ausdrücklich

auf die Zwecke des Sondervermögens beschränkt. Damit trennt Nordrhein-Westfalen die Corona-bedingten Belastungen konkret und transparent vom allgemeinen Haushalt ohne Corona-bedingte Sondereffekte.

Im Zuge der Verabschiedung des Haushalts 2021 hat der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung beschlossen, dass die Nutzung des „NRW-Rettungsschirms“ auch bis zum Ende des Haushaltsjahres 2022 möglich ist. Für das

Jahr 2023 sieht die Finanzplanung einen ausgeglichenen Haushalt ohne Entnahmen aus dem Rettungsschirm vor. Bereits für das Jahr 2024 plant die Landesregierung einen Haushalt mit einem Überschuss von 200 Millionen Euro, der vollständig zum Einstieg in die konjunkturgerechte Tilgung der für den „NRW-Rettungsschirm“ aufgenommenen Kredite verwendet werden soll.

Aufholjagd der Wirtschaft

Das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet in seinem jüngsten Konjunkturbericht im laufenden Jahr mit einem Wachstum von 3,5 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist wieder über das Vorkrisenniveau auf einen neuen Höchstwert von 7,09 Millionen gestiegen.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich 2020 und 2021 um zusammen 0,4 Prozentpunkte besser als im Bund. Dazu haben u.a. das Landesprogramm zur Stärkung von Investitionen und die differenzierteren Lockdown- und Öffnungsmaßnahmen beigetragen. Zudem haben **in vielen Fällen die schnellen und umfangreichen NRW-Hilfen existenzbedrohende Engpässe überbrückt** und damit die positive Entwicklung erst ermöglicht.

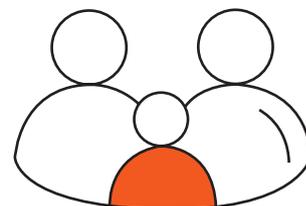
Wachstum von
3,5 Prozent

Eine kinder- und familienorientierte Corona-Politik

Die Kindertagesbetreuung hat gerade in der durch die Corona-Pandemie geprägten Zeit eine große Bedeutung für Kinder und ihre Familien. In Abstimmung mit den Akteuren in der Kindertagesbetreuung sichert das Land ein auch in dieser Zeit möglichst verlässliches Betreuungsangebot. Dafür hat das Land allein für das Jahr 2021 **147 Millionen Euro** (2020: 105 Millionen Euro) im Rahmen des **Kita-Helfer-Programms** zur Entlastung der Träger bei gesteigerten Kosten für Arbeitsschutz- und Hygieneausrüstung und zur Entlastung der Kita-Fachkräfte in der Pandemie bereitgestellt. Um Familien zu unterstützen und Einschränkungen in der Kindertagesbetreuung auszugleichen, werden den Eltern gemeinsam von Kommunen und Land im ersten Halbjahr 2021 die Beiträge für rechnerisch drei volle Monate (2020 ebenfalls der Summe nach für drei volle Monate) erstattet.

Darüber hinaus hat die Landesregierung eine bestehende Lücke bei den Lohnersatzleistungen geschlossen: Wenn Kinder pandemiebedingt das Kinderbetreuungsangebot nur eingeschränkt nutzen können und daher die Eltern die Betreuung übernehmen müssen, wird für

Eltern ohne Anspruch auf Kinderkrankengeld nach dem Sozialgesetzbuch V eine **Betreuungsentschädigung von 10 Arbeitstagen pro Elternteil und Kind, längstens jedoch 20 Tage**, gewährt. **Alleinerziehende erhalten doppelt so viele Tage.**



Pandemiebedingte Lernlücken schließen

Das Land hat mit der „Extra-Zeit zum Lernen in NRW“ frühzeitig ein Programm gestartet, um mit außerschulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten die individuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Schülerinnen und Schüler gezielt auszugleichen. Für den Zeitraum März 2021 bis Sommer 2022 hat die Landesregierung insgesamt **36 Millionen Euro** zur Verfügung

gestellt. Ziel der Landesregierung ist es, dass **keiner Schülerin und keinem Schüler durch die Pandemie Nachteile für den weiteren Bildungsweg entstehen**. Ergänzend zu dem „Aufholprogramm“ des Bundes wird das Land daher weitere **250 Millionen Euro** bereitstellen, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen bestmöglich entgegenzuwirken.

Erholung für Familien mit geringem Einkommen

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hat die Landesregierung das Sonderprojekt „**1.000 Familienferienwochen für Familien aus Nordrhein-Westfalen in Familienferienstätten**“ auf den Weg gebracht und fördert mit einer Million Euro die Möglichkeit einer gemeinsamen einwöchigen Auszeit für Familien mit geringem Einkom-

men. Im Rahmen eines weiteren Modellprojektes wird untersucht, **wie bedürftige Familien am besten den Weg zu einer Erholungsmaßnahme finden** und welche Unterstützung – sowohl finanziell als auch personell – sie dabei benötigen.

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837 - 1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

